Vorlage Nr. 338/11

Betreff: **Haushaltskonsolidierung im Fachbereich 2- Jugend, Familie und Soziales,**
hier: Produktgruppe Soziales

Status: **öffentlich**

Beratungsfolge

Sozialausschuss		20.09.2011		Berichterstattung durch:		Herrn Linke Herrn Gausmann		
TOP	Abstimmungsergebnis					z. K.	vertagt	verwiesen an:
	einst.	mehr.	ja	nein	Enth.			

Betroffene Produkte

220	Leistungen zur Grundversorgung
2204	Betreuung von Migranten
2206	Soziale Einrichtungen
2208	Offene Altenarbeit
2209	Offene Ausländerarbeit
2210	Offene Behindertenarbeit
2211	Sonstige soziale Betreuung

Betroffenes Leitbildprojekt/Betroffene Maßnahme des IEHK

--

Finanzielle Auswirkungen

☐ Ja	☒ Nein	☐ einmalig	☐ jährlich	☐ einmalig + jährlich
Ergebnisplan		Investitionsplan		
Erträge		Einzahlungen		
Aufwendungen		Auszahlungen		
Finanzierung gesichert				
☐ Ja	☐ Nein	durch		
☐	Haushaltsmittel bei Produkt / Projekt			
☐	Mittelumschichtung aus Produkt / Projekt			
☐	sonstiges (siehe Begründung)			

mittelstandsrelevante Vorschrift

Ja Nein

Beschlussvorschlag/Empfehlung:

Der Sozialausschuss nimmt die produktorientierten Erläuterungen zum Haushaltsplan für den Fachbereich 2 –Jugend, Familie und Soziales (hier: Produktgruppe Soziales) zur Kenntnis.

Evtl. Beschlussvorschläge zu möglichen Einsparungen werden nach der Diskussion der einzelnen Produkte im Rahmen der Sitzung formuliert.

Begründung:

Der Rat der Stadt hat in seiner Sitzung am 12. April 2011 folgenden Beschluss gefasst:

1. Der Rat beschließt auf Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses die in der Anlage 1 der Vorlage aufgeführten Vorschläge zum frühestmöglichen Zeitpunkt zur dauerhaften strukturellen Konsolidierung des städtischen Haushalts umzusetzen und die Verwaltung zu beauftragen, die dazu notwendigen weitergehenden Vorbereitungen zu treffen. Über die konkrete Umsetzung der Vorschläge entscheidet nach Vorberatung des zuständigen Fachausschusses der Haupt- und Finanzausschuss. Über die Konsolidierungsergebnisse ist dem Rat der Stadt zweimal jährlich zu berichten, und zwar nach Abschluss des 1. Halbjahres sowie nach Abschluss des Haushaltsjahres.
2. Der Rat beauftragt die Verwaltung, die in der Anlage 2 der Vorlage aufgeführten Handlungsansätze inhaltlich und vom Konsolidierungsumfang her weiter zu konkretisieren und sukzessive zur Entscheidung vorzulegen.

Für die Produkte in der Zuständigkeit des Sozialausschusses wurden folgende Konsolidierungsvorschläge und Handlungsansätze unterbreitet:

Aus der Anlage 1

Alle Produkte	10-%ige Kürzung Zuschüsse an Vereine, Verbände, etc.
---------------	--

Aus der Anlage 2

Produkt 2204	Betreuung von Migranten	Überprüfung des Personalbedarfs im Bereich Migration / Asylbewerber
--------------	-------------------------	---

Produktgruppe 22 – Soziales

In der Produktgruppe Soziales beträgt der Haushaltsansatz in 2011 für die ordentlichen Erträge (Nr. 10) 3.387.753 €. Diesen ordentlichen Erträgen stehen ordentliche Aufwendungen (Nr. 17) iHv. 10.249.823 € gegenüber. Unter Berücksichtigung der Aufwendungen aus Leistungsbeziehungen (Nr. 28) schließt die gesamte Produktgruppe Soziales mit einem Defizit von 8.463.484 € ab.

In der nachfolgenden Tabelle wird sichtbar, mit welchem Anteil die einzelnen Produkte zu dem Defizit beitragen:

	Ordentliche Erträge	Ordentliche Aufwendungen	int. Leistungsbeziehungen	Ergebnis	Anteil am Ergebnis
<i>Leistungen zur</i>					
220 <i>Grundversorgung</i>	3.079.305 €	8.848.576 €	1.356.383 €	- 7.125.654 €	84%
<i>Betreuung von</i>					
2204 <i>Migranten</i>	7.208 €	452.246 €	79.266 €	- 524.304 €	6%
<i>Soziale</i>					
2206 <i>Einrichtungen</i>	298.650 €	319.367 €	126.073 €	- 146.789 €	2%
<i>Offene Altenarbeit</i>					
2208 <i>Offene</i>	870 €	167.519 €	14.519 €	- 181.168 €	2%
2209 <i>Ausländerarbeit</i>	850 €	145.608 €	7.917 €	- 152.675 €	2%
<i>Offene</i>					
2210 <i>Behindertenarbeit</i>	870 €	252.009 €	13.490 €	- 264.629 €	3%
<i>Sonstige soziale</i>					
2211 <i>Betreuung</i>	- €	64.499 €	3.766 €	- 68.265 €	1%
Summe	3.387.753 €	10.249.823 €	1.601.414 €	- 8.463.485 €	100%

Vor den Erläuterungen zu den einzelnen Produkten werden die Aufwandsarten

- Personalaufwendungen (Nr. 11),
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (Nr. 13),
- Bilanzielle Abschreibungen (Nr. 14),
- sonstigen ordentlichen Aufwendungen (Nr. 16) und
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen (Nr. 28)

zunächst einmal zentral vorab erläutert, um damit später unnötige Wiederholungen bei den einzelnen Produkten zu vermeiden.

11 – Personalaufwendungen

Die Gesamtpersonalaufwendungen werden jährlich vom Haupt- und Finanzausschuss im Rahmen des Eckdatenbeschlusses vorgegeben. Für 2011 wurden beispielsweise die Gesamtpersonalaufwendungen auf 26,5 Mio€ festgesetzt. Diese Summe wird dann auf Grundlage der eingesetzten MitarbeiterInnen den Produkten zugeordnet. Auf die Produktgruppe Soziales entfallen dabei 3,1 Mio€.

13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Diese Position setzt sich in diesem Produktbereich aus folgenden Einzelpositionen zusammen:

- Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen	5.800 Euro
- Kostenerstattung an AÖR Technische Betriebe	5.000 Euro
- Kostenerstattung an den Kreis Steinfurt (-> Produkt 220/2207)	8.800 Euro
- Unterhaltung der Grundstücke, der baulichen Anlagen und des sonstigen beweglichen Vermögens	23.618 Euro
- Taxifahrgutscheine für behinderte Menschen (-> Produkt 2210)	23.000 Euro

14 – Bilanzielle Abschreibungen

Diese Werte werden zentral aus der Anlagenbuchhaltung übernommen. Sie stellen den Werteverzehr des städtischen Vermögens dar und werden je Produkt ausgewiesen.

16 – Sonstige ordentliche Aufwendungen

Unter den sonstigen ordentlichen Aufwendungen verbirgt sich der Anteil der Stadt Rheine an den kommunalen Kosten des SGB II. Dieser Anteil beträgt 3.900 T€. Der Restbetrag bei dieser Kostenart beläuft sich auf 59,6 T€ und verteilt sich auf folgende Einzelpositionen:

- Aufwendungen für Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände
- Beiträge zu Wirtschaftskraftsverbänden, Berufsvertretungen und Vereinen
- Bücher, Zeitschriften u.a.
- Porto, Postgebühren
- sonst. Geschäftsaufwand
- Sonstige Personal- und Versorgungsaufwendungen
- Übrige weitere sonstige Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit
- Versicherungsbeiträge u.ä.
- Mieten, Pachten
- Aufwendungen für ehrenamtliche und sonstige Tätigkeit
- Aufwendungen für Aus- und Fortbildung, Umschulung

28 – Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen

In dieser Position wird der Aufwand abgebildet, welches das jeweilige Produkt von den anderen Fachbereichen/Produkten in Anspruch nimmt, z.B. anteilige Gebäudemiete, Dienstwagen, Druckerei, EDV, Telefon, Postdienste, Finanzbuchhaltung, Personalverwaltung, etc...

Produkt 220 – Leistungen zur Grundversorgung

In diesem Produkt wurden alle Leistungen zur Grundversorgung aggregiert. Dieses Produkt setzt sich aus den Einzelprodukten „Hilfen nach dem SGB II“ (2201), „Hilfen nach dem SGB XII“ (2202), „Unterhaltsvorschussleistungen“ (2203), „Hilfen für Asylbewerber“ (2205) und „Andere Hilfen und Unterstützungsleistungen“ (2207) zusammen.

Bei allen genannten Leistungen handelt es sich um Pflichtleistungen, deren Höhen durch den Gesetzgeber vorgeben sind. Es bestehen lediglich marginale Einflussmöglichkeiten auf das Budget.

Aufgrund der vorgegebenen gesetzlichen Rahmen werden die Leistungen der Grundversorgung nachfolgend nur kurz dargestellt, auch wenn diese Leistungen 84 % des Budgets in der Produktgruppe Soziales binden.

Produkt 2201 – Hilfen nach dem SGB II

Der Kreis Steinfurt hat die Leistungsgewährung nach dem SGB II an die Stadt Rheine delegiert. Gleichzeitig wurden vom Kreis Steinfurt Regelungen über die Stellenbemessung und die Personalkostenerstattung getroffen.

Für 2011 wurden 29,3 Stellen bewilligt. Die Personalkostenerstattung liegt bei 85,45 %. 14,55 % muß die Stadt Rheine als kommunalen Finanzierungsanteil (KFA) selber tragen.

Ferner ist die Stadt Rheine zu 50 % an den kommunalen Kosten des SGB II (Unterkunftskosten und einmalige Leistungen) beteiligt. Hier wurde für 2011 mit 3,9 Mio. € kalkuliert.

Insgesamt beläuft sich der Zuschussbedarf dieses Produktes auf 4.212.372 €.

Die Zahl der Leistungsberechtigten im SGB II betrug zum Ende des Vorjahres 5657.

Ausblick:

Die Beteiligung an den kommunalen Kosten ist in § 5 Abs. 5 AG – SGB II geregelt. Hiernach beträgt die Beteiligung der Kommunen 50 %; abweichend hiervon kann im Benehmen eine abweichende Regelung getroffen werden. Für das Jahr 2012 hat der Kreis Steinfurt Gespräche geplant mit dem Ziel im Benehmen mit den 24 kreisangehörigen Kommunen eine abweichende Regelung herbeizuführen. Im Gespräch war in 2010 eine Beteiligung der Kommunen in Höhe von 33% ab dem Jahr 2013.

Da in der Stadt Rheine die Zahl der Leistungsempfänger deutlich über dem Kreisdurchschnitt liegt, würde die geringere direkte Kostenbeteiligung eine finanzielle Entlastung bringen, da dann die nicht mehr direkt zugeordneten Kosten über die Kreisumlage auf alle Kommunen verteilt würden. Würde man beispielsweise in 2011 nur mit 33 % statt mit 50 % direkter Kostenbeteiligung rechnen, würde dieses eine Entlastung für den städtischen Haushalt von ca. 350.000 € bedeuten.

Produkt 2202 – Hilfen nach dem SGB XII

Der Kreis Steinfurt hat die Leistungsgewährung nach dem SGB XII an die Stadt Rheine delegiert. Im Unterschied zum Produkt 2201 hat hier die Stadt Rheine die Personal- und Sachkosten zu 100 % selber zu tragen, während der Transferaufwand vollständig zu Lasten des Kreishaushaltes gebucht wird.

Insgesamt beläuft sich der Zuschussbedarf dieses Produktes auf 512.754 €.

Die Zahl der Leistungsberechtigten im SGB XII betrug zum Ende des Vorjahres 912.

Ausblick (wie bereits im Protokoll zur Sitzung am 05.07.2011 ausgeführt):
Der Referentenentwurf zur Änderung des SGB XII sieht vor, dass der Bund zukünftig die Nettoaufwendungen für die Leistungen des IV. Kapitels des SGB XII (Grundsicherung im Alter und bei dauerhafter voller Erwerbsminderung) schrittweise übernimmt. Dabei soll die Kostenübernahme durch den Bund in 2012 mit 45% beginnen, in 2013 auf 75% steigen und ab 2014 mit 100% enden. Allerdings verbleiben die Personal- und Sachkosten bei der Stadt Rheine.

Produkt 2203 – Unterhaltsvorschussleistungen

Die Kostenregelungen zum Unterhaltsvorschussgesetz sehen neben der Bundes- und Landesbeteiligung auch eine 53,34 % Eigenbeteiligung der Stadt Rheine vor.

Insgesamt beläuft sich der Zuschussbedarf dieses Produktes auf 660.279 €.

Die Zahl der Leistungsberechtigten im UVG betrug zum Ende des Vorjahres 639.

Produkt 2205 – Hilfen für Asylbewerber

Für die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz ist die Stadt Rheine Kostenträger. Hilfebedürftigen Asylbewerbern bzw. geduldeten Personen ist die Hilfe zu gewähren.

In Abhängigkeit von der landesweiten Asylbewerberquote und der Asylbewerberquote in Rheine werden jährlich neu die Landeszuschüsse festgelegt. Diese liegen in diesem Jahr bei 153 T€ und mindern den Zuschussbedarf für dieses Produkt nur um 8 %.

Insgesamt beläuft sich der Zuschussbedarf dieses Produktes auf 1.668.189 €.

Die Zahl der Leistungsberechtigten im AsylbLG betrug zum Ende des Vorjahres 194.

Produkt 2207 – Andere Hilfen und Unterstützungsleistungen

Die Stadt Rheine ist verpflichtet für weitere Leistungen Personal vorzuhalten, um folgende Aufgaben erledigen zu können:

- Hilfe zur Unterstützung und Stärkung von behinderten Menschen im Arbeitsleben (SBG IX).
- Verlängerung von Schwerbehindertenausweisen und Unterstützung bei Erst- und Änderungsanträgen.
- Amtshilfe in der Kriegsopferfürsorge für den Landschaftsverband Westfalen-Lippe.

Ferner sind dem Kreis Steinfurt die Kosten der Aufgabenerledigung nach dem Unterhaltssicherungsgesetz zu erstatten, da diese städtische Aufgabe per öffentlich-rechtlicher Vereinbarung übertragen wurde.

Insgesamt beläuft sich der Zuschussbedarf dieses Produktes auf 72.058 €.

Die Zahl der Leistungsberechtigten im SGB IX betrug im Vorjahr 65.

Mit dem Produkt 2207 endet die Darstellung des Produktes 220 – Leistungen zur Grundversorgung, in dem die Pflichtleistungen, deren Höhen durch den Gesetzgeber vorgegeben sind, zusammengefasst werden.

Es folgen die ausführlichen Erläuterungen der übrigen Produkte.

Produkt 2204 – Betreuung von Migranten

Ergebnisplan

10 – Ordentliche Erträge

4 % der Landeserstattung für die in Rheine lebenden Asylbewerber sind als Betreuungsanteil direkt diesem Produkt zuzuordnen.

	2010 IST	2011 TEUR	2012 TEUR	2013 TEUR	2014 TEUR
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	6,0	7,0	7,0	7,0	7,0

13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

	2010 IST	2011 TEUR	2012 TEUR	2013 TEUR	2014 TEUR
Unterhaltung der Übergangswohnheime	12,0	15,1	15,1	15,1	15,1
Kostenerstattung an AÖR Technische Betriebe	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0

Die Fachstelle Migration betreut ca. 50 Übergangswohnungen. Zwei davon sind Sammelunterkünfte, die hauptsächlich zur Unterbringung von Alleinstehenden und Folgeantragstellern dienen. Neben der sozialarbeiterischen Betreuung ist die Fachstelle auch für die haustechnische Unterhaltung und Wartung der Übergangswohnheime und die Ausstattung der Wohnungen zuständig, das sind z. B. Reparaturen, Kücheneinrichtungen und Waschmaschinen sowie sonstiges Mobiliar. Bei Zuzug erhalten neu Zugewiesene eine Grundausstattung, die im Laufe der Zeit durch persönliches Mobiliar (Caritas-Möbellager) ersetzt wird. Die Grundausstattung wird wieder eingelagert und den nächsten neu Zugewiesenen zur Verfügung gestellt.

Die Hausmeisterstellen wurde nach und nach von 5 auf 2 Vollzeitstellen reduziert. Eine weitere Reduzierung würde einen verstärkten Einsatz externer Firmen zur Folge haben.

Da die Arbeit der Hausmeister oft sehr private Bereiche der Untergebrachten berührt, ist eine Vertrauensstellung unabdingbar. Die Hausmeister begleiten daher auch den Einsatz externer Firmen.

15 – Transferaufwendungen

	2010 IST	2011 TEUR	2012 TEUR	2013 TEUR	2014 TEUR
a) Umsetzung Migrations- und Integrationskonzept	28,8	79,2	79,2	79,2	79,2
b) Betreuungs- und Beratungsarbeit		4,0	4,0	4,0	4,0

Zu a) Grundlage der Arbeit der Fachstelle Migration ist die **Umsetzung des Migrations- und Integrationskonzepts** von 2003 und seiner Fortschreibung von 2007. Die letzte, vom Rat beschlossene Fortschreibung beinhaltet einen 12-Punkte-Prioritätenkatalog, der besonders Empfehlungen zu den Themen Bildung, Beheimatung, interreligiöser Dialog, interkulturelle Öffnung, Mädchen- und Frau-

enförderung, Arbeitsqualifikation von (jugendlichen) Zuwanderern und Integrationsmonitoring enthält. Insgesamt sind hierfür ca. 20.000 € veranschlagt, die sich wie folgt unterteilen lassen:

- In Kooperation mit der VHS fördert die Fachstelle Migration Deutschkurse im Rahmen der Rheiner Sprachoffensive mit jährlich 10.000,00 €. Hierdurch können sehr differenziert z. B. Willkommens-, Alphabetisierungs-, Einsteiger- und Fortgeschrittenenkurse für spezielle Personengruppen in verschiedenen Stadtteilen durchgeführt werden. Die Kurse werden in Einrichtungen angeboten, die den Teilnehmer(inne)n bereits bekannt sind. Die Erfahrungen zeigen, dass dieses Modell sehr wirksam ist. Es werden auch Menschen, vor allem Frauen, erreicht, die sich vorher nicht in die herkömmlichen Kurse getraut haben und auch keine Zugangsberechtigung zu den Integrationskursen des Bundesamtes haben. Die Fachstelle selbst bietet durchschnittlich 3 Kurse in ihren Stadtteilbüros an. Ihre weitere Aufgabe besteht im Motivationserhalt der Teilnehmer/innen über die gesamte Kurseinheit.
- Auch das Netzwerk Migration und seine Arbeitsgruppen, sowie der Integrationsrat befassen sich mit der Umsetzung des Migrations- und Integrationskonzeptes und seiner Fortschreibung. Hier fallen z. B. Kosten für Referenten an (ca. 500 € pro Jahr). Die Fachstelle übernimmt hier die Rolle der Geschäftsführung und des Organisators. Außerdem wurde hieraus die Ergänzungsfinanzierung für das KOMM-IN Projekt finanziert (im Projekt 2008/09 betrug der kommunale Eigenanteil ca. 14.000 €).

2009 wurden vom Sozialausschuss weitere 15.000 € für die **Durchführung eines neuen KOMM-IN Projekts** in das Budget eingestellt, die den vorgenannten Ansatz entlasten und erweitern. 2010 wurde hiermit eine erneute KOMM-IN Antragstellung (Antragsentwicklung durch ein externes Institut) und zurzeit die Ausbildung von Bildungslotsen, wie in dem neuen KOMM-IN Antrag beschrieben, finanziert. Die Projektentwicklung erfolgt in Zusammenarbeit mit dem Bildungs- und Erziehungsnetzwerk für die Ludgerusschule Schotthock.

In einem **Bausteine-Projekt der Migrationsdienste des Caritasverbandes Rheine** werden Personal- und Sachkosten für 1. eine alternative Aussiedlerberatung und 2. einen Jugendtreff für Spätaussiedler („Raduga“) mit jährlich ca. 40.000 € gefördert. Leitgedanke für die Einrichtung war, das Gesamtprojekt des Caritasverbandes abzurunden und den Zuwanderern Beratungspluralität anzubieten (vgl. Beschluss des Sozialausschuss vom 19.07.2004). Dabei handelt es sich i. d. R. um eine 50 %ige Förderung der nicht durch Dritte abgedeckten Kosten. Ein 3. Baustein war seinerzeit ein „Stadtteilprojekt Schotthock“, das aber mittlerweile ausgelaufen ist. Die für diesen Baustein vorgesehenen ca. 12.000 € wurden 2010 vom Sozialausschuss pauschal dem Caritasverband zur Förderung seines Projekts „Kulturdolmetscher“ zur Verfügung gestellt. In der oben stehenden Übersicht ist der geleistete Zuschussbetrag nicht vollständig abgebildet, da die Endabrechnung 2010 erst 2011 erfolgte.

Die verbleibenden ca. 4.000 € dieses Teilbereiches des Budgets 2204 dienen zur **Finanzierung diverse Einzelmaßnahmen**, z. B. eine Aufwandsentschädigung für den Migrationsbeauftragten (ca. 300 € pro Jahr) und die Verleihung des Integrationspreises (ca. 1.500 €).

Zu b) Aus dem „**Betreuungsetat**“ von **4.000 €** finanziert die Fachstelle Migration z. B. ihre integrativen und präventiven Bildungsprojekte in der Stadtteilarbeit, die Ausstattung der Stadtteilbüros mit pädagogischem Material (z. B. Bücher für 3 Hausaufgabehilfegruppen und Intensiv-Förderangebote) und die Unterstützung der ehrenamtlichen Lernbegleiter.

Weitere Projekte der Fachstelle sind zurzeit eine internationale Frauen-Kochgruppe, eine Vorschulkinderguppe, eine Flüchtlingsjungengruppe, 3 Sprachkurse (darunter ein spezieller „Willkommenssprachkurs“ für alle neu Zugewiesenen mit sofortiger Zugangsmöglichkeit), Beratung der Türken und ihrer Vereine und in Kooperation mit einem Familienzentrum eine „Beheimatungsgruppe“, in Kooperation mit dem Gesundheitsamt eine Mütterberatung. Außerdem werden der jährlich begangene Internationale Frauentag (8. März), Ferienmaßnahmen für die Kinder der Hausaufgabenhilfen, ein Beitrag des Fachstelle zum Kunterbuntfestival, das traditionelle Nikolausfest für Flüchtlingskinder usw. aus diesem Ansatz finanziert. Diese Vielzahl von Maßnahmen ist mit dem geringen Etat möglich, weil die TeilnehmerInnen (vornehmlich aus pädagogischen Gründen) immer einen Anteil der Kosten selbst tragen.

Die Arbeit der Fachstelle Migration verbraucht also wenig Sach- und Projektkosten, ist aber personalintensiv. Die Wochenstundenzahl der pädagogischen Kräfte und der Verwaltungsfachangestellten wurden trotzdem von ursprünglich 270¹ Wochenarbeitsstunden auf aktuell rund 191 WStd ² zurückgefahren. Neben den Rathausbüros in der Kulturetage werden 3 weiteren Stadtteilbüros (Catenhorner Straße, Humboldtstraße und Sammelunterkunft Dutumer Straße) unterhalten. Die Stadtteilbüros leisten auch offene Integrationsberatung für alle BürgerInnen im Stadtteil sowie die Betreuung der städtischen Unterkünfte für zugewiesene Flüchtlinge und Spätaussiedler.

Die Unterbringung von Flüchtlingen und Spätaussiedlern ist Pflichtaufgabe der Städte nach den entsprechenden Aufnahmegesetzen. Aktuell (1. 9. 2011) leben 200 Flüchtlinge in städtischen Unterkünften, die über das Stadtgebiet verteilt sind. Zu Anfang des Jahres 2011, sowie in den Vorjahren 2010 und 2009, waren es ca. 300 Personen. Der Bestand unterlag einer gewissen Fluktuation, z. B. durch auffallend viele Folgeantragsteller aus dem Kosovo, aus Serbien und der Türkei, die im letzten Winter nach Rheine zugewiesen wurden, deren Aufenthalt aber teilweise nach kurzer Zeit wieder beendet wurde. Insgesamt erklärt sich der Rückgang der untergebrachten Flüchtlinge aber in erster Linie als Folge der „Alt-fallregelung“ für Flüchtlinge, die vielen Betroffenen (insgesamt 230 Personen) ein

¹ = 6 Sozialarbeiter + 1 Verwaltungsmitarbeiter in Vollzeit zu 38,5 WStd.

² = 3 Sozialarbeiter in Vollzeit (39,0 WStd.) + 1 SozArb. (25 WStd.) + 1 SozArb. (29 WStd.) + Verwaltungsmitarbeiterin (19,5 WStd.) = Insgesamt 190,5 WStd.

Wohnen in Privatwohnungen ermöglichte. Weitere erhielten in bisher als Flüchtlingsunterkunft genutzten Wohnungen einen Mietvertrag. Sie werden aber weiterhin, wie auch andere ausländische Zuwanderer (Arbeitsmigranten, ausl. Ehepartner usw.) und vor allem türkische Bürger durch die Büros der Fachstelle Migration begleitet und beraten.

Die Unterbringung von Spätaussiedlern in städtischen Wohnungen konnte durch die intensive Vorbereitung und Begleitung der Zuzüge (z. B. Absprachen mit der Bezirksregierung und den hier bereits wohnenden Verwandten, Erstberatung vor Ort in den Stadtteilbüros) seit einigen Jahren gänzlich umgangen werden. Die Unterkünfte für Spätaussiedler wurden inzwischen alle geschlossen. Neue Aussiedler wohnen seitdem in Rheine von Anfang an in privaten Wohnungen.

Außerdem konnten viele durch die Altfallregelung begünstigte Flüchtlinge in Arbeit oder Ausbildung vermittelt werden. Es ist festzustellen, dass durch die Arbeit der Fachstelle weniger Aussiedler und Flüchtlinge in Übergangswohnungen wohnen müssen, die verbleibenden allerdings entsprechend schwierige und betreuungsintensive Fälle darstellen. Herausforderungen in der Betreuung ergeben sich aktuell z. B. im Umfeld von Sucht, Suizid, lebensbedrohliche Erkrankungen, Depressionen, Körperbehinderung, geistigen Behinderungen, Mehrfachbehinderungen, allein erziehenden Elternteilen, Minderjährigen, kulturell bedingten Erziehungsproblemen usw. Durch die Schwere der Fälle wurde für die betreuenden Pädagogen die Teilnahme an einer Supervision nötig. Die Kosten hierfür werden ebenfalls aus dem Betreuungsetat gedeckt.

Die enge Begleitung der Flüchtlinge in den städtischen Unterkünften durch die pädagogischen und haustechnischen Fachkräfte garantiert z. B. einen reibungslosen Alltagsablauf, regelmäßigen Kindergarten- und Schulbesuch aber auch eine stets aktuelle Bewohnerübersicht und höchstmöglichen Erhalt der Wohnungssubstanz bei intensiver Belegung.

Produkt 2206 – Soziale Einrichtungen

Ergebnisplan

10 – Ordentliche Erträge

Die Gesamterträge von 298 TEUR beim Produkt Soziale Einrichtungen setzen sich wie folgt zusammen:

Förderung von Investitionsprojekten von sozialen Einrichtungen
Transferleistungen an im sozialen Bereich tätige Initiativen, Vereine und Verbände nach bestehenden Richtlinien bzw. Verträgen

2010 IST	2011 TEUR	2012 TEUR	2013 TEUR	2014 TEUR
0,0	29,0	29,0	29,0	29,0
15,6	21,5	21,5	21,5	21,5

13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen - 8 TEUR

Dieser Ansatz wird für die Unterhaltung der Einrichtungsgegenstände in den 3 Einrichtungen benötigt.

15 – Transferaufwendungen - 12 TEUR

Dieser Ansatz wird für die Betreuung der Besucher bzw. Bewohner der 3 Einrichtungen benötigt.

Finanzplan

26 - für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen - 9,5 T€

Diese Position wird benötigt, um den Bedarf an Neu- bzw. Ersatzbeschaffungen von Möbeln und Elektrogeräten in den Einrichtungen abzudecken.

Weitergehende Erläuterungen

Die Stadt Rheine hat drei soziale Einrichtungen. Zum einen sind das die zwei teilstationären Einrichtungen Kremer-Haus und Wohngruppe für junge Erwachsene. Ergänzend zu den zwei teilstationären Einrichtungen gibt es die städtische Anlauf-, Kontakt- und Beratungsstelle Treff 100 für alle Wohnungslosen und von Wohnungslosigkeit bedrohten Erwachsenen in Rheine.

Entstehung der Einrichtungen, betreuter Personenkreis, Finanzierung und Platzzahl

	Kremer Haus	Wohngruppe junge Erwachsene	Treff 100
Entstehung	1986	1990	1995
Personal	1,5 Betreuungsfachkräfte 1 Hausmeister (konzeptionell erforderlich für die Aufnahme/ Ansprechpartner Durchwanderer usw.)	1,5 Betreuungsfachkräfte	1,5 Betreuungsfachkräfte
Betreuer Personenkreis	Durchwanderer / Wohnungslose Menschen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten	Junge Erwachsene mit besonderen sozialen Schwierigkeiten	Wohnungslose und von Wohnungslosigkeit bedrohte junge Menschen
Finanzierung	Kostendeckende teilstationäre Einrichtung	Kostendeckende teilstationäre Einrichtung	Freiwillige Einrichtung der Stadt Rheine
Platzzahl	14 Plätze	6 Plätze	*Offener Treff *2 Notunterkünfte *Streetwork
Pflegesatz derzeit täglich	32,60 €	47,17 €	

Die drei städtischen Einrichtungen verfolgen gemeinsam ein Ziel, und zwar bei dem betreuten Personenkreis die besonderen sozialen Schwierigkeiten abzuwenden, zu beseitigen, zu mildern oder ihre Verschlimmerung zu verhüten.

Um deutlich zu machen, um welche sozialen Schwierigkeiten es sich bei unserem Klientel handeln kann, **erfolgt eine beispielhafte Auswahl von möglichen besonderen sozialen Schwierigkeiten der Klientel:**

(Auflistung stellt keine Wertung der Schwierigkeiten dar)

- wohnungslos oder von Wohnungslosigkeit bedroht, mal hier mal dort bei „Kumpels“ übernachten
- aus dem Obdachlosenmilieu kommend
- nicht fähig, einen eigenen Haushalt zu führen (Ordnung, Sauberkeit, Kochen, Budgetverwaltung etc.)
- aus einer geschlossenen Anstalt entlassen (JVA)
- langjährige „Jugendhilfekarrieren“
- mit erheblichen Problemen im Elternhaus (zu Hause „rausgeflogen“)
- Probleme mit Suchtmitteln (Alkohol, illegale Drogen)
- Vereinsamungstendenzen
- mangelnde soziale Reife und (z. T. erhebliche) Entwicklungsverzögerungen

- arbeits- und beschäftigungslos/häufig abgebrochene Maßnahmen oder Ausbildungen
- Ver- und Überschuldung (Handyrechnungen, EC-Kartenmissbrauch, Bücherclub, Kaufen auf Kredit etc.)
- gesundheitliche Probleme, physische Verwahrlosung (Zähne, einseitige oder schlechte Ernährung, Fast Food, keine Inanspruchnahme medizinischer Hilfen)
- mangelndes Selbstwertgefühl
- psychische Einschränkungen
- gewaltgeprägte Lebensumstände (klassisches Beispiel: Drückerkolonne)
- ungesicherte oder fehlende wirtschaftliche Lebenslage
- fehlende oder unzureichende Tagesstruktur/Wochenstruktur usw. (fehlender Tag-/Nachtrhythmus, Schwierigkeiten mit dem morgendlichen Aufstehen)
- eingeschränkte oder nicht vorhandene Übernahme von Eigenverantwortung
- nicht fähig, soziale Beziehungen herzustellen oder zu unterhalten, kein Vertrauen in andere Menschen
- strafrechtliche Vorbelastungen, schlecht oder nicht ausgeprägtes Unrechtsbewusstsein, „auf Bewährung“
- Freizeitverhalten fragwürdig (aus wessen Sicht?), abchillen oder Computerzocken
- Probleme im Umgang mit Konfliktsituationen, unangemessene Problemlösungsstrategien, Einsatz von körperlicher Gewalt, „Aussitzen“ und Ausweichen von Schwierigkeiten
- Schwierigkeiten und Abwehrmechanismen im Umgang mit Ämtern und Behörden, Schwellenängste
- Eingeschränkte Möglichkeiten bei der Einschätzung der eigenen Probleme und Ressourcen
- kein oder schlechter Schulabschluss
- illusionäre und verzerrte Realitätssicht

Finanzierung

Die Einrichtungen Kremer Haus und Wohngruppe für junge Erwachsene sind teilstationäre kostenrechnende Einrichtungen.

Der Landschaftsverband Westfalen Lippe (LWL) bewilligt für jeden Pfl egetag der Stadt Rheine einen festgelegten Pflegesatz. Im Jahre 1997 führte der LWL pauschale Pflegesätze ein, durch diese Deckelung der Pflegesätze konnte ein 100-%-Deckungsgrad nicht durchgängig erreicht werden. Beim Kremer-Haus lag der Kostendeckungsgrad in der Zeit von 1997 (Deckelung des Pflegesatzes durch LWL) bis 2010 bei 93,16 % und für die Wohngruppe für junge Erwachsene bei 88,28 %.

Die seit 1995 bestehende Anlauf-, Kontakt- und Beratungsstelle Treff 100 ist keine kostendeckende Einrichtung, sondern eine freiwillige Leistung der Stadt Rheine. Der Treff 100 zeichnet sich durch eine breite Angebotspalette aus, der zahlreiche Unterstützungsmöglichkeiten materieller Art sowie sozialarbeiterischer Beratung und Betreuung umfasst. Die tägliche Besucherfrequenz von ca. 40 bis 50 Personen zeigt deutlich, dass sich der Treff 100 wegen seiner niedr igschwellig en Angebotsstruktur als „Schonraum“ und alternativer Aufenthaltsort etabliert hat

und ein notwendiges Standbein für die Hilfe an Personen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten darstellt.

Hilfsangebote – was zeichnet die einzelnen Häuser aus

Kremer-Haus - Männer und Frauen ab 21 Jahren, die u.a. wohnungslos bzw. von Wohnungslosigkeit bedroht, aus der Haft entlassen und/oder suchtkrank sind.

Was wird geboten, wo wird geholfen:

- Kurzfristige Aufnahme als Durchwanderer/in bis zu 6 Tagen. Beratung und Betreuung z.B. Krisenintervention, Erstberatung, Übernachtungsmöglichkeiten.
- Langfristige Aufnahme ab 6 Monaten bis zu 1,5 Jahren mit dem Ziel soziale Schwierigkeiten abzuwenden, zu beseitigen, zu mildern oder auch Verschlimmerung zu verhüten

Beratung und Begleitung in allen Lebensbereichen (Wohnungsfähigkeit, hauswirtschaftliche Tätigkeiten, Erlangen von Arbeitsfähigkeit, finanzielle Situation/Schulden, Gesundheit, soziale Kontakte, u. Ä.) und Unterstützung bei individuellen Schwierigkeiten.

Intensive Unterstützung bei der Umsetzung realistischer Zukunftsperspektiven.

Freizeitgestaltung, Weihnachtsfeier
bei Bedarf kurzfristige Versorgung mit Lebensmitteln (Spendenkonto)
Kleiderkammer

Streetwork:

Aufsuchen von szenetypischen Treffpunkten im innerstädtischen Nahbereich

- Aufsuchen von Menschen, die in der Regel von anderen sozialen Dienstleistungen nicht mehr erreicht werden (wollen)
- Schaffung eines vertrauensvollen Kontaktnetzes zu den Adressatinnen/Adressaten
- Aufbau und Pflege von tragfähigen und verbindlichen Beziehungen, unter Berücksichtigung eines professionellen Nähe-Distanz-Verhältnisses
- Zugangsschwellen werden minimiert und führen häufig zu einer Kontaktaufnahme seitens der Hilfesuchenden.

Besonderheit: die Spendenbereitschaft der Bevölkerung ist sehr hoch, in 2010 ca. 11.000 Euro

Wohngruppe für junge Erwachsene – Männer/Frauen zwischen 18–25 Jahren

Was wird geboten, wo wird geholfen:

- kann Beziehungsarbeit leisten, die oftmals ohne Alternative ist, da eine

Vielzahl der jungen Erwachsenen über Jahre Abwehrmechanismen entwickelt haben gegen Sanktionen (positive und negative)

- kann innerhalb des vorgegeben Rahmens intensive sozialarbeiterische Betreuungen und Begleitungen ermöglichen (Betreuungsschlüssel 1:4)
- ist eine teilstationäre Einrichtung mit einem vergleichsweise günstigen Tagespflegesatz (derzeit 46,07 €), somit auch attraktiv für den eigenen Fachbereich bzw. das Jugendamt der Stadt Rheine für Hilfen nach § 41 KJHG
- ist auch für junge Frauen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten ohne Alternative
- hat die Möglichkeit, ausgelagerte Einrichtungsplätze mit einem Pflegesatz von 100% anzubieten (nach der Betreuungszeit in der Wohngruppe) Realitätsnahe Heranführung an Selbstständigkeit und Eigenverantwortung in „eigenen“ Wohnungen, welche für die Zeit der Weiterbetreuung von der Einrichtung angemietet werden (danach Übernahme des Mietvertrages mit allen Rechten und Pflichten durch den Hilfesuchenden)
- hat zur Zielsetzung (immer gemeinsam mit den jungen Erwachsenen Frauen und Männer):
 - Verselbstständigung
 - Übernahme von Eigenverantwortung (Arbeit, Wohnen, Freizeit, Finanzen etc)
 - Weitere Persönlichkeitsentwicklung im Kontext der persönlichen Ressourcen

Treff 100 – Anlauf-Kontakt- und Beratungsstelle für Wohnungslose und von Wohnungslosigkeit bedrohte Menschen ab 18 Jahren

Was wird geboten, wo wird geholfen:

sehr niedrighschwelliges Angebot

- Dusch-/Waschgelegenheit, Waschmaschine, Trockner, Kleiderkammer
- Anlaufstelle: Kaffee, Tee, Kaltgetränke, Dienstags Frühstück für Kostenbeitrag
Brot wird vom Bioladen gespendet
- Beratungsangebote:
 - persönliche Hilfen, Beratung und Begleitung
 - Unterstützung bei den Anmietung und Erhalt einer Wohnung
 - Unterstützung beim Erlangen eines Arbeitsplatzes

2 Notzimmer für Personen die überbrückungsweise Wohnbedarf haben, recht einfach mit Toilette und Duschnutzung im Keller

Streetwork:

- Aufsuchen von szenetypischen Treffpunkten im innerstädtischen Nahbereich
- Aufsuchen von Menschen, die in der Regel von anderen sozialen Dienstleistungen nicht mehr erreicht werden (wollen)
- Schaffung eines vertrauensvollen Kontaktnetzes zu den Adressatinnen/
- Adressaten
- Aufbau und Pflege von tragfähigen und verbindlichen Beziehungen, unter Berücksichtigung eines professionellen Nähe-Distanz-Verhältnisses
- Zugangsschwellen werden minimiert und führen häufig zu einer Kontaktaufnahme seitens der Hilfesuchenden im offenen Bereich der Einrichtung

Was wäre wenn es diese Einrichtungen nicht geben würde:

- Vermehrt Wohnungslose im Rheiner Stadtbild: Am Bahnhof, auf Spielplätzen, an der Ems, in Hauseingängen, Parkhäusern usw.
- Steigende Diskriminierung, Abneigung der Bevölkerung gegen Wohnungslose
- Entlassene Straffällige haben keine Anlaufmöglichkeit, was möglicherweise zu erneuten Straftaten und Inhaftierungen führt
- Fehlende Übernachtungsmöglichkeiten (kurzfristig wie langfristig) für Wohnungslose- besonders in den Wintermonaten gäbe es mehr Kältetote
- Hilfen zur Einleitung medizinischer Betreuung fallen weg: leichte und schwere Erkrankungen und notwendige Behandlungen Wohnungsloser würden gar nicht mehr erkannt und behandelt werden
- Mangelercheinungen durch unzureichende Ernährung (durch Essensreste aus Mülltonnen, verdorbene Lebensmittel,...)
- Mangelnde Körperhygiene aufgrund fehlender Waschegelegenheiten
- Tragfähige soziale Kontakte/Gespräche und menschliche Nähe fallen weg
- Die ohnehin von Diskriminierung betroffenen Personen erfahren überhaupt keine Wertschätzung und Unterstützung mehr, und somit jede verbliebene Motivation, zu leben
- Keine Angebote mit Weihnachtsfeier, gemeinsames Grillen oder Frühstück
- Chance auf Resozialisierung kaum möglich
- Wohnungslose Frauen wären vermehrt sexuellen Übergriffen ausgeliefert und gezwungen, sich zu prostituieren
- Durch fehlende professionelle Hilfe keine Veränderung der Lebenssituation möglich
- Keine Angebote zur Krisenintervention oder Einleitung zu weiterführenden Hilfen für Wohnungslose
- Beginnende bzw. drohende Wohnungslosigkeit (durch Gewalt in der Beziehung, familiäre Zerwürfnisse, Zwangsräumung u.ä.) würde nicht mehr aufgefangen und bereits in den Anfängen erstickt werden – betroffene Rheiner Bürger hätten in Rheine keine Anlaufstelle
- Weiterer Anstieg von Vereinsamung, Verzweiflung, Suchterkrankungen sowie psychische Erkrankungen
- Es gibt in Rheine keine Hilfsangebote für Wohnungslose Menschen!

- Zunahme von restriktiven Maßnahmen, um unliebsame Personen aus dem öffentlichen Raum wie Parks und Plätzen, Einkaufszentren und Malls fernzuhalten (erhöhter Personalaufwand)
- Anstieg von sogenannter „Kriminalitätsfurcht“ – d.h. Opfer einer Straftat zu werden
- Armut und Unterversorgung von Betroffenen werden unsichtbar. Die Verantwortung zur sozialen Integration von Randgruppen wird vernachlässigt. Die Bereitschaft von Bürgern zur Solidarität und ehrenamtlicher Hilfe für soziale Randgruppen minimiert sich
- Veränderung in der „Gefahrenabwehrverordnung“ und anderer Instrumente, um die Präsenz sozial Schwacher in der Innenstadt zu minimieren
- Zunahme von „aggressiven Bettlern“ auf Grund fehlender Hilfsangebote.

Besonderheiten, die sich auf die Wohngruppe für junge Erwachsene beziehen

- Es gäbe eine „Lücke“ im Versorgungssystem der Personen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten im Regionalraum Rheine: es ist die einzige teilstationäre Einrichtung für junge Erwachsene im hiesigen Raum.
- Junge Erwachsene, auch die, die in Jugendhilfemaßnahmen gescheitert sind, hätten keine Möglichkeit an konkrete Hilfen (Wohnen inklusive sozialarbeiterischer Betreuung) zu gelangen.
- Der anerkannte Stellenschlüssel (1:4 Betreuung) ermöglicht intensive Beziehungsarbeit; Beziehungsarbeit ist oftmals der einzige Zugangsweg zu den jungen Erwachsenen. Andere Zugangsversuche sind in vielen Fällen gescheitert.
- Kann vielfach eine günstigere Alternative zu Therapieeinrichtungen und / oder zur JVA sein.
- Bietet über die zwei (optionalen) dezentralen Betreuungsplätze Zugang zu Wohnraum auf dem regionalen Wohnungsmarkt (m. starker Unterstützung/ Nutzung von Netzwerken).
- Es gäbe kein adäquates Angebot besonders für junge erwachsene Frauen in der hiesigen Region.

Einsparmöglichkeiten

In den letzten 4 Jahren erfolgten in allen drei Einrichtungen konzeptionelle und räumlich notwendige Neuausrichtungen, die nicht zuletzt auch aufgrund der in den politischen Gremien diskutierten notwendigen Haushaltskonsolidierung bei der Stadt Rheine notwendig wurden.

➤ Neuausrichtung Wohngruppe für junge Erwachsene und Treff 100

Die Wohngruppe für junge Erwachsene reduzierte im Jahre 2007 die Platzzahl von 8 auf 6 Plätze und gab das Haus an der Hemelter Straße auf, um die 2 oberen Etagen des Treffs 100 am Kardinal-Galen-Ring 100 zu nutzen.

Gleichzeitig musste der Treff 100 seine Wohnangebote von 9 auf 2 Notplätze reduzieren.

➤ Platzreduzierung im Kremer-Haus

Insbesondere die bauliche Situation im Stammhaus an der Humboldtstraße mit 2 Einzelzimmern, 3 Zweibettzimmern und einem Vierbettzimmer und die sinkende Fallzahl im Durchwandererbereich führte Mitte 2008 unter Beibehaltung der bisherigen Fachpersonalausstattung zu einer Platzreduzierung von 17 auf 14 Plätze.

Durch die vorgenannten konzeptionellen und organisatorischen Veränderungen der Wohngruppe und des Treff 100 im Jahre 2007 wurde erreicht, dass eine 0,5 Stelle im Treff 100 eingespart werden konnte.

Weitere Einsparungsmöglichkeiten beim Personal werden im Bereich der sozialen Einrichtungen nicht gesehen. Jede Einrichtung ist mit 1,5 Fachstellen Sozialarbeiterin/Sozialarbeiter besetzt. Diese Besetzung ist aus Betreuungs- und Vertretungsgründen unabdingbar.

Produkt 2208 – Offene Altenarbeit

Ergebnisplan

15 – Transferaufwendungen

Die Transferaufwendungen erklären sich wie folgt:

	2010 <i>IST</i>	2011 TEUR	2012 TEUR	2013 TEUR	2014 TEUR
Bezuschussung von Altenbegegnungsstätten und Altenclubs entsprechend der Förderrichtlinien	59,3	65,6	65,6	65,6	65,6
Förderung der Beratung durch freie Träger in Form von Personal und Sachkostenzuschüssen	55,0	56,2	56,2	56,2	56,2

Die Transferaufwendungen von 123 TEUR beim Produkt Offene Altenarbeit setzen sich zusammen aus Transferleistungen für die Förderung der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben durch die Bezuschussung von Altenbegegnungsstätten und Altenclubs entsprechend der Förderrichtlinien (65.600 EUR) sowie die Förderung der Beratung durch freie Träger in Form von Personal und Sachkostenzuschüssen (56.200 EUR).

Weitergehende Erläuterungen zum Förderungsinhalt des Produktes 2208 – Offene Altenarbeit:

Die Zuschüsse zur offenen Seniorenarbeit stellen bedingte Pflichtleistung der Kommune da, d.h. die Kommune ist verpflichtet dem Grunde nach die offene Seniorenarbeit zu fördern, das Maß der Förderung bestimmt die Kommune (§ 71 SGB XII)

Die Transferaufwendungen der offenen Seniorenarbeit in Rheine betragen 123.092 € und setzen sich wie folgt zusammen:

A) Förderung der Beratungsangebote	55.700 €
B) Förderung der Teilhabe der Senioren	65.592 €
C) Städtische Veranstaltungen und Unterhaltung der Altenbegegnungsstätte	1.800 €

Zu A) Förderung der Beratungsangebote 55.700 €

Personal- und Sachkostenzuschuss für die Seniorenberatungsstelle des Caritasverbandes Rheine (55.700 €)

Die Stadt Rheine fördert entsprechend des bestehenden Vertrages 2 Stellen der Seniorenberatungsstelle des Caritasverbandes Rheine zu 50 %
Neuenkirchen und Wettringen beteiligen sich anteilig gemäß der Einwohnerzahl.

Der Zuschuss für 2010 belief sich auf 54.959,91 € (HH-Ansatz 55.700 €).

1. berechtigter Personenkreis der Förderung
Senioren und deren Angehörige
2. Auftrag laut Vertrag
 - *Psychosoziale Beratung und Begleitung älterer Menschen und ihrer Angehörigen
 - *Begleitung, Unterstützung und Beratung ehrenamtlich und nebenamtlich tätiger Personen bei speziellen Beratungsbedürfnissen älterer Menschen
 - *Begleitung, Unterstützung und Beratung ehrenamtlich tätiger Gruppen
 - *Beratung über und Vermittlung von körper- und hauspflegerische/n Dienste/n incl. der Finanzierung und Abrechnungen
 - *Begleitung, Ausbildung und Beratung pflegender Angehöriger als Einzelpersonen und in Arbeitskreisen/Selbsthilfegruppen
3. Aufgabe / Tätigkeit laut Verwendungsnachweis
 - A) individuelle Beratung
 - *Psychosoziale Beratung / Lebensberatung für ältere Menschen und deren Angehörige
 - *Sozialrechtliche Beratung, Infos über bestehende Leistungs- und Hilfsangebote
 - *einfache Wohnberatung
 - *Information über andere Hilfearten
 - *Kooperation und Weitervermittlung an andere Institutionen und Fachdienste
 - *Versorgungsvollmacht/Betreuungsrecht/Patientenverfügungen
 - *Infogespräche mit Angehörigen zur Situation des Betroffenen
 - B) Angebote:
 - *Entlastungsangebote für pflegende Angehörige von Menschen mit Demenz (Familientlastender Dienst (FeD), Betreuungsgruppen)
 - *Schulung der ehrenamtlichen Helfer/innen (FeD)
 - *Gesprächskreise für pflegende Angehörige
 - *Begleitung, Organisationshilfen und Programmgestaltung für und mit Seniorengemeinschaften
 - *Vorträge und Schulungen zu seniorenspezifischen Themen

Existenzzweck

Was wäre wenn es die Seniorenberatung nicht geben würde?

- Beratungsangebot würde entfallen, Senioren und Angehörige müssten sich direkt an die Leistungsanbieter (z. B Sozialamt, ASD beim Gesundheitsamt, Krankenkasse, Pflegeversicherung) bzw. an den Pflegestützpunkt des Kreises Steinfurt in Rheine wenden
- Gesprächskreise für pflegende Angehörige könnten nicht mehr angeboten werden
- Hausbesuche – aufsuchende Kontaktaufnahme – würde entfallen
- Vortrags- und Informationsveranstaltungen zu seniorenspezifischen Themen würden entfallen

2010 erfolgten 2.900 Beratungskontakte, davon 1910 per Telefon, 575 bei Hausbesuchen und 415 im Caritas-Haus für Menschen aus Rheine, Neuenkirchen und Wettringen.

Einsparpotential bei der Förderung der Beratungsangebote:

Bei Überlegung, den Personalkostenzuschuss für die Seniorenberatungsstelle zu kürzen, sollte der demografische Wandel nicht vergessen werden. Die Zahl der pflegebedürftigen Menschen wird mit der wachsenden Zahl der Hochaltrigen ebenfalls steigen, so dass gerade auf dem Gebiet der Pflege dauerhaft eine große Nachfrage an Informationen, Schulungen, Gesprächskreisen etc. bestehen wird.

Andererseits hat sich seit 2009 im Beratungsbereich für ältere Menschen - insbesondere unter dem Gesichtspunkt Pflegeberatung – durch die Einrichtung der Pflegestützpunkte eine erhebliche Änderung ergeben, die es zur Zeit der vertraglichen Vereinbarung mit dem Caritasverband Rheine im Jahre 1995 noch nicht gab.

Am 13. November 2009 wurde vom Kreis Steinfurt offiziell im Gesundheitsamt Rheine der neue Pflegestützpunkt eröffnet. Der Pflegestützpunkt ist einer von drei Adressen im Kreisgebiet, um Pflegebedürftige und Angehörige individuell, neutral und kostenfrei zu beraten. Der Pflegestützpunkt in Rheine ist Ansprechpartner für alle Ratsuchenden aus den Bereichen Rheine, Neuenkirchen, Emsdetten, Hörstel und Hopsten.

Aufgaben des Pflegestützpunktes sind:

- Umfassende und unabhängige Auskunft und Beratung von Hilfesuchenden über die verschiedenen Sozialleistungen und sonstigen Hilfeangebote
- Koordinierung und Vernetzung der verschiedenen Hilfs- und Unterstützungsangebote einschl. Hilfestellung bei der Inanspruchnahme der Leistungen
- Vernetzung aufeinander abgestimmter pflegerischer und sozialer Versorgungs- und Betreuungsangebote
- Vorhandene Strukturen sind einzubeziehen

Die 2009 eingeführten Pflegestützpunkte sollten nicht die bereits vorhandenen, trägergebundenen Beratungsstellen und Beratungsdienste der Pflegeanbieter und Krankenhaussozialdienste ersetzen, sondern diese bestehenden (selbstfinanzierten) Angebote vernetzen.

Bei der Neuausrichtung auf Kreisebene und Initiierung der Pflegestützpunkte machte der Kreis Steinfurt deutlich, dass er eine trägergebundene Beratungsstelle nicht finanziert wird. Der Kreis stellt durch seine Beteiligung an den Pflegestützpunkten die Basisversorgung kreisweit sicher, so dass darüber hinausgehende Angebote z. B. durch die Seniorenberatungsstelle des Caritasverbandes Rheine nicht noch zusätzlich vom Kreis bezuschusst werden, sondern vom Träger/Anbieter selbst oder durch anderweitige ggf. kommunale Zuschüsse zu finanzieren sind.

Fazit:

Seit Ende 2009 wird die Pflege- und Wohnberatung, die individuelle Hilfeplanung und auch die Vernetzung der Angebotsstrukturen, sowie die intensive Öffentlichkeitsarbeit von den Pflegestützpunkten wahrgenommen. Die Seniorenberatungsstelle des Caritasverbandes Rheine nimmt im Rahmen ihrer Beratungstätigkeit (siehe oben Pkt. A unter Aufgabe) gleiche Aufgaben wahr, so dass festgestellt werden kann, dass sich die Tätigkeitsfelder in Sachen „individuelle Beratung“ größtenteils überschneiden.

Daraus folgt, dass die Stadt Rheine durch den Personalkostenzuschuss ein Angebot fördert, welches der Kreis Steinfurt seit der Umstrukturierung der Altenhilfe- und Pflegeberatung im Pflegestützpunkt seit Ende 2009 ebenfalls vorhält.

Die zusätzlich von der Seniorenberatungsstelle vorgehaltenen unterstützenden Angebote (siehe oben Pkt. B unter Aufgabe), wie die Entlastungsangebote für pflegende Angehörige von Menschen mit Demenz (Familiententlastender Dienst (FED), Betreuungsgruppen), Gesprächskreise für pflegende Angehörige, Schulungen von Ehrenamtlichen usw. decken sich nicht in vollem Umfang mit den Aufgaben des Pflegestützpunktes.

Aufgrund der durch die Einführung der Pflegestützpunkte eingetretenen Änderungen bzw. neuen Angebote im Beratungsbereich des Kreises Steinfurt, ist grundsätzlich mit dem Caritasverband Rheine zu erörtern, welche Aufgabeninhalte mit welchem Aufgabenumfang im Rahmen der Seniorenberatungsstelle abzudecken sind.

Die Erprobungsphase der drei Pflegestützpunkte im Kreis Steinfurt endet am 31.12.2011. Die beteiligten Träger treffen sich im September 2011, um über die weitere Angebotsform zu entscheiden. Die Arbeits- und Projektplanung 2011 des Sozialausschusses sieht für die Sitzung am 15. November 2011 einen Erfahrungsbericht über den Pflegestützpunkt Rheine vor.

Zu B) Förderung der Teilhabe der Senioren **65.592 €**

Um ein quantitativ und qualitativ ausreichendes Leistungsangebot in Seniorenbegegnungsstätten vorzuhalten und die Teilhabe zu fördern, werden folgende Zuwendungen seitens der Stadt gewährt:

a) Betriebskosten der ehrenamtl. geführten Seniorenbegegnungsstätten	32.699 €
b) Aktivitäten der Begegnungsstätten	20.078 €
c) Zuschüsse für die Durchführung des Altenplan – allgemeine Zuschüsse zur offenen Altenarbeit	4.798 €
d) Mietkostenzuschuss AWO – Altenbegegnungsstätte	5.880 €
e) Betriebskostenzuschuss DRK-Heim Rheine (Nutzung nicht nur von Senioren)	2.137 €

zu a)

Betriebskosten der ehrenamtl. geführten Seniorenbegegnungsstätten 32.699 €

Die Aufteilung dieser Mittel erfolgt entsprechend der Richtlinien über die Gewährung von Zuschüssen zur Unterhaltung von Altentagesstätten (Betriebskostenzuschüsse).

Erläuterungen zur Förderung:

- a) Betriebskosten erhalten Seniorenbegegnungsstätten, die sich in Trägerschaft einer Kirchengemeinde bzw. eines Wohlfahrtsverbandes oder eines gemeinnützigen Vereins befinden und ein Programm anbieten, das für ältere Bürgerinnen und Bürger eine individuelle Auswahl ermöglicht. Die Räumlichkeiten sollen grundsätzlich für die Seniorenarbeit zur Verfügung stehen und zu diesem Zweck eingerichtet sein.
- b) Mindestprogramm
 - Räume für ca. 50 Personen
 - Teeküche
 - Beratungs- und Besprechungszimmer
 - Sanitäre Einrichtungen
 - Räume sollten ebenerdig, stufenlos erreichbar sein
 - Liege für „Erster Hilfe“
- c) Öffnungszeit
 - möglichst an allen Tagen der Woche
 - mindestens 3x wöchentlich
- d) Zuschussbetrag:
Der Zuschussbetrag pro Öffnungstag ermittelt sich anhand der Gesamtöffnungstage aller Begegnungsstätten. Im Jahre 2010 belief sich der jährliche Zuschuss je Öffnungstag pro Woche auf 681 €.

In Rheine erhielten im Jahre 2010 11 Seniorenbegegnungsstätten einen jährlichen Zuschuss der je nach Anzahl der regelmäßigen wöchentlichen Öffnungszeiten zwischen 2.043 € und 4.086 € jährlich lag.

zu b) Aktivitäten der Begegnungsstätten 20.078 €

Erläuterungen zur Förderung:

Für die Aktivitäten der Begegnungsstätten (Seniorenbegegnungsstätten und Seniorenclubs) wird der v. g. Betrag entsprechend der Richtlinien zur Förderung der offenen Altenarbeit auf Antrag an die anerkannten Träger der offenen Altenarbeit aufgeteilt. Der Fördermodus berücksichtigt Programmkosten, Schulungskosten der Ehrenamtlichen, regelmäßige Öffnungstage, Anzahl der Einwohner über 60 Jahre im jeweiligen Einzugsgebiet der Begegnungsstätte.

Im Jahre 2010 erhielten 21 Begegnungsstätten eine Förderung.

zu c) Zuschüsse Durchführung Altenplan – allgm. Zuschüsse 4.798 €

Erläuterungen zur Förderung:

1. Zuwendungen für Einrichtungsgegenstände der Begegnungsstätten
2. Zuwendungen für Erstausrüstung der Begegnungsstätten
3. Programmkosten für zusätzliche Angebote für Senioren in der Stadt Rheine (z. B. Kosten für Dozenten/innen, Referenten/innen, Unterstützung des Ehrenamtes, kleine Zuwendungen für Aktivitäten, Schulungen und Fortbildungen Ehrenamtlicher, die keiner Seniorenbegegnungsstätte angehören)

Die Auszahlung erfolgt auf Antrag entsprechend der Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen für Einrichtungsgegenstände in Altentagesstätten und Altenclubs der Stadt Rheine.

zu d) Mietkostenzuschuss AWO – Altenbegegnungsstätte	5.880 €
--	---------

Vertraglich wurde am 11.10.1979 vereinbart, dass die Arbeiterwohlfahrt (AWO) die Trägerschaft über die Altentagesstätte im städtischen Haus „Auf dem Thie 24“ übernimmt. Zu diesem Zweck überlässt die Stadt Rheine der AWO die Nutzung der Räume. Für die Nutzung hat die AWO eine Kostenmiete von 490,00 €/mtl. zu entrichten. Die jeweils festgesetzte Miete erhält die AWO von der Stadt Rheine als Zuschuss ohne Anrechnung auf die übrigen Zuschüsse.

Allgemeine Infos zur Finanzierung der Seniorenbegegnungsstätten (a bis d)

1. berechtigte Empfänger der Förderung
-alle ältere Menschen die die Begegnungsstätte nutzen möchten
2. Auftrag laut Vertrag
Die Altentagesstätten und Altenclubs haben regelmäßige Öffnungs- und Angebotszeiten. Es dürfen keine regelmäßigen Mitgliedsbeiträge verlangt werden und das Angebot muss für jedermann zugänglich sein.
3. Aufgaben/ Tätigkeiten laut Verwendungsnachweis
Es wird kein Tätigkeitsbericht erstellt. Jährlich werden die Besucherzahlen, Öffnungstage, Programmkosten und Schulungsangebote abgefragt, um den Förderbetrag der offenen Altenarbeit für jede Begegnungsstätte entsprechend der Richtlinien zu ermitteln.

Existenzzweck

Was wäre wenn es die Seniorenbegegnungsstätte nicht geben würde?

Das offene Begegnungsangebot für Senioren würde entfallen. Gerade die offene Altenarbeit ist aber eins von 10 genannten Handlungsfeldern aus dem Sozialplan Alter, das vorangetrieben werden sollte. Die Zukunft der kommunalen Seniorenarbeit sollte sich als Gemeinwesenorientierte Seniorenarbeit verstehen, die sozialraumorientiert, partizipativ und vernetzten ist. Gerade unter diesem Gesichtspunkt der Stadtteilorientierung scheint es wichtig, die bestehenden dezentralen Seniorenbegegnungsstätten auch zukünftig zu unterstützen, damit hochaltrige Menschen Gelegenheit haben, im Nahbereich entsprechende Hilfen zu erhalten, aber gleichzeitig soll die Begegnungsstätte als Partizipationskontenpunkt dienen, um Impulse für das nachbarschaftliche Zusammenleben oder die Verbesserung

der Infrastruktur im Quartier zu geben. Die Begegnungsstätten sollen zukünftig den Senioren die Möglichkeit geben, ihr ehrenamtliches Engagement einzubringen.

Eine Reduzierung der Bezuschussung könnte dazu führen, dass die seit langer Zeit bestehenden Seniorenbegegnungsstätten sich auflösen und derzeit im Quartier vorhandene Anlaufpunkte entfallen.

zu e) Betriebskostenzuschuss DRK-Heim Rheine 2.137 €

Im Jahre 1980 wurde dem DRK das städtische Grundstück, Sprickmannstraße 54, im Wege eines Erbbau-Vertrages bei einer Laufzeit von 60 Jahren übertragen. Im Rahmen dieser Übertragung hat sich die Stadt Rheine vertraglich dazu verpflichtet, für die laufende Unterhaltung des DRK-Heimes einen jährlichen Zuschuss in Höhe von 4.000,00 DM = 2.137,00 € zu gewähren.

Zusätzlich erhält das DRK für seine Altenbegegnungsstätte einen Betriebskostenzuschuss nach den Richtlinien über die Gewährung von Zuschüssen zur Unterhaltung von Altentagesstätten –Betriebskostenzuschüsse- entsprechend der erreichten Öffnungstage in Höhe von 2.043,00 €.

Existenzzweck

Was wäre wenn der Betriebskostenzuschuss für das DRK-Heim entfallen würde?

Das DRK (Ortverein Rheine) müsste die Finanzlücke von 2.137 € selbst finanzieren, ggf. durch höhere Schulungsgebühren oder Mitgliedsbeiträge.

Einsparpotential bei der Förderung der Teilhabe von älteren Menschen:

Wird im Bereich der Förderung der Teilhabe nicht gesehen, ggf. könnte eine minimale pauschale Kürzung der Betriebskosten- bzw. Mietkostenzuschüsse in Frage kommen.

Zu C) städtische Veranstaltungen und Unterhaltung der Altenbegegnungsstätte 1.800 €

- I. Im Haushalt 2011 steht für die Durchführung von städtischen Veranstaltungen im Bereich der offenen Seniorenarbeit ein Ausgabeansatz von 1.300 € und ein Einnahmeansatz von 870 €.
- II. Die Stadt Rheine ist Eigentümerin des Grundstückes und des Gebäudes Josef-Kamp-Haus. Laut Nutzungsvertrag vom 30.08.1985 übernimmt der Heimatverein die Betreuung der Altentagesstätte und die Stadt Rheine überlässt für diesen Zweck dem Heimatverein unentgeltlich die Nutzung des Grundstückes und des Gebäudes. Entsprechend des Vertrages übernimmt:

- der Heimatverein die anfallenden Schönheitsreparaturen, die Unterhaltung und Reinigung, ebenso die Betriebskosten für Heizung, Wasser und Strom
- die Stadt Rheine die Gebäudeunterhaltung

Für die ggf. anfallende Gebäudeunterhaltung des Gebäudes steht jährlich 500 € im Budget 2208.

Einsparpotential städtische Veranstaltungen und Unterhaltung der Altenbegegnungsstätte:

Zu I.

Die Mittel für die Durchführung von städtischen Veranstaltungen im Bereich der Offenen Seniorenarbeit in Höhe von 1.300 € (Ausgabeansatz) und 870 € (Eingabeansatz) werden in dieser Form nicht benötigt, da größere Veranstaltungen mit diesen geringen Mitteln nicht finanziert werden können.

Die von der Seniorenkoordinatorin initiierten Veranstaltungen, wie z. B. das Seniorenkino oder das 10-Uhr Cafe werden mit Hilfe von Kooperationspartnern und Eintrittsgeldern finanziert. Der Ausgabe- und der Einnahmeansatz können zukünftig entfallen.

Zu II.

Die für die Gebäudeunterhaltung des Josef-Kamp-Hauses vorgesehenen 500 € können nicht eingespart werden, da die Stadt als Eigentümer und auch vertraglich dazu verpflichtet ist, das Gebäude zu unterhalten.

Zusätzliche Information:

Zuständigkeitswechsel Bezuschussung der Wohnraumberatung vom FB 4 zum FB 2

Die Wohnberaterung des Caritasverbandes Rheine wird seit 1997 durch einen städtischen Zuschuss gefördert. Seit dem 01. Juli 2009 wird die Finanzierung je zur Hälfte von den Pflegekassen sowie aus kommunalen Mitteln sichergestellt. Der 50 % kommunale Zuschuss wurde für die Zeit Juli 2009 bis Dezember 2010 zu je 1/3 vom Kreis Steinfurt und zu je 2/3 von der Stadt Rheine finanziert. Im Jahre 2011 teilten sich der Kreis Steinfurt und die Stadt Rheine den kommunalen Anteil je zur Hälfte (städtischer Anteil 2011 = 14.188 €).

Der städtische Zuschuss wurde bislang vom FB 4 aufgrund des jährlichen Antrages des Caritasverbandes Rheine und der daraufhin jeweils eingeholten jährlichen Beschlüsse der politischen Gremien bewilligt und ausgezahlt.

Nunmehr ist vorgesehen, dass aufgrund des Ausscheidens des bislang zuständigen Mitarbeiters beim FB 4, die Bezuschussung der Personal- und Sachkosten der Wohnraumberatung an den FB 2 abgegeben wird.

Der FB 2 weist bereits jetzt auf die vorgesehene Änderung und die damit für 2012 im Produkt 2208 zusätzlich benötigten Mittel in Höhe von ca. 15.000 € hin.

Ergebnisplan

15 – Transferaufwendungen

Die Transferaufwendungen erklären sich wie folgt:

2010 IST	2011 TEUR	2012 TEUR	2013 TEUR	2014 TEUR
Migrationsdienste des Caritasverbandes Rheine	84,5	84,5	84,5	84,5
„Woche des ausländischen Mitbürgers“	2,6	2,6	2,6	2,6
Türkischer Schul-, Eltern-, Kultur- und Sportverein Veranstaltungen zur Integration oder Binnenintegration nach Richtlinien	4,3	4,3	4,3	4,3
	3,9	3,9	3,9	3,9

Die Stadt fördert auf Beschluss des Sozialausschuss von 1993 die **Migrationsdienste des Caritasverbandes Rheine** durch Personal-/Sachkostenzuschüsse sowie eine Betriebskostenpauschale mit jährlich insgesamt ca. 84.500 €. In 2010 wurden abschlägig gezahlt:

- 1,0 Stelle Flüchtlingsberatung zu 50% nach Abzug der Leistungen Dritter, ca. 32.215 €,
- 0,65 Stelle im „Centro S. Antonio“ zu 90 %, ca. 35.070 €,
- sowie ein Betriebskostenzuschuss von 12.700 € für das Begegnungszentrum

(die Spitzabrechnung erfolgt jeweils im Folgejahr).

Der **Integrationsrat** der Stadt Rheine unterhält ein eigenes Büro (in „time sharing“ mit dem Stadtsportverband), das mit entsprechendem Mobiliar, Telefonanschluss und PC ausgestattet ist. Hierfür werden intern 1.534 € verrechnet. Außerdem steht dem Integrationsrat ein Betrag von 2.608,00 € zur Durchführung der jährlich begangenen **„Woche des ausländischen Mitbürgers“**, in Rheine jährlich als **„Kunterbuntfestival“** begangen, zu Verfügung.

Der **Türkische Schul-, Eltern-, Kultur- und Sportverein** hat für seine integrativen Veranstaltungen und als Betriebskostenzuschuss für seine für Integrationsmaßnahmen genutzten Räume im Vereinsheim einen Betrag von jährlich maximal 3.500 € zur Verfügung, die 2010 in voller Höhe nach Verwendungsnachweis (z. B. für das Kinderfest, das Sportfest, für die Hausaufgabenhilfegruppe, für eine Veranstaltung zum interreligiösen Dialog und das Vereinsheim) ausgezahlt wurde.

In Rheine gibt es mehr als 10 **Migrantenvereine und –organisationen** der unterschiedlichen Kulturgruppen. Jede Gruppierung hat die Möglichkeit, Veranstaltungen zur Integration oder Binnenintegration nach Richtlinien fördern zu lassen. Je Veranstaltung kann ein Maximalbetrag von 651,00 € als Defizitförderung gewährt werden; pro Jahr stehen insgesamt 3.912,00 € zur Verfügung. Der Ansatz wurde 2010 voll ausgeschöpft, z. B. von den Vereinen „Kulturhaus Neubürger“, „Internationale Bewegung für tamilische Kultur“, Deutsch-Tamilischer Kulturverein (2 Mal), Türkisch-Islamische Union, Kurdisch-Arabischer Verein, Portugiesisches Freizeitzentrum.

Alle Feste und Veranstaltungen waren öffentlich. Für die Vereine ist die Förderung wichtig. Ohne Förderung könnten sich gerade die kleineren Gruppen keine Kulturfeste leisten. Die Veranstaltungen dienten sowohl der Binnenintegration als auch der Integration ins neue soziale Umfeld.

Produkt 2210 – Offene Behindertenarbeit

Ergebnisplan

13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

	2010 IST	2011 TEUR	2012 TEUR	2013 TEUR	2014 TEUR
Gewährung von Fahrtkostenzuschüssen	22,0	23,0	23,0	23,0	23,0

Weitergehende Erläuterungen zum Förderungsinhalt des Produktes 2210 – Offene Behindertenarbeit – hier Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen:

Die **Fahrdienstförderung für Menschen mit Behinderungen** ist bei der Stadt Rheine seit 1986 durch die Richtlinien über die Gewährung von Fahrtkostenzuschüssen für Menschen mit Behinderung geregelt. Es handelt sich um eine freiwillige, soziale Leistung, die die Teilhabemöglichkeit von Menschen mit Behinderung fördern soll. Die Fahrtkostenzuschüsse sollen u.a. dazu beitragen, dass die in Rheine wohnenden berechtigten Menschen mit Behinderung Verwandte und Freunde besuchen und an Veranstaltungen teilnehmen können, die der Geselligkeit, der Unterhaltung, der Bildung oder den kulturellen Bedürfnissen dienen.

Existenzzweck

Was wäre wenn die Fahrtkostenbezuschussung für Menschen mit Behinderung entfallen würde?

Mittlerweile fördern auch der Kreis Steinfurt als örtlicher Träger der Sozialhilfe und der Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) Fahrdienste für Menschen mit Behinderung zur Teilnahme am Leben in der Gemeinschaft im Rahmen der Eingliederungshilfe nach § 54 Abs. 1 SGB XII i.V.m. § 55 Abs. 2 Nr. 7 SGB IX.

Eine Gegenüberstellung der Anspruchsvoraussetzungen des jeweils berechtigten Personenkreises zeigt, dass sich eine weitgehende Überschneidung ergibt. Die überwiegende Zahl der Berechtigten könnte einen Anspruch beim örtlichen oder überörtlichen Träger geltend machen.

Gegenüberstellung der Anspruchsvoraussetzungen

	Stadt Rheine	Kreis Steinfurt	LWL
Berechtigter Personenkreis (PK)	„aG“ + „B“ „BL“ + „B“ „H“ + „B“	„aG“ oder Gleichgestellte (hier amtsärztl.Prüfung erf.)	Behinderte Menschen in stationären Einrichtungen
Einkommensgrenze	Einkommen unter der Einkommensgrenze nach § 85 SGB XII	Einkommen unter der Einkommensgrenze nach § 85 SGB XII	Einkommen unter der Einkommensgrenze nach § 85 SGB XII
Beispiele des jeweils berechtigten Personenkreises	*Stationäre Einrichtung *private Wohnung *Ambulant Betreutes Wohnen	*Stationäre Einrichtung - ö.T. *priv. Wohnung *Ambulant Betreutes Wohnen	Stationäre Einrichtung der Behindertenhilfe – ü.ö.T.

Besonderheit in Rheine:

Unabhängig vom Einkommen erhalten Personen, die wegen Art und Schwere ihrer Behinderung öffentliche Verkehrsmittel selbst mit fremder Hilfe (Begleitperson) nicht benutzen können, Fahrgutscheine von der Stadt Rheine.

Danach dürfte es nur noch einen kleinen Personenkreis geben, der aufgrund der städtischen Richtlinien derzeit eine Förderung erhält, aber nicht zu den Anspruchsberechtigten entsprechend der Richtlinien des Kreises oder des LWL gehört.

Zu diesem Personenkreis gehören:

- a) die Berechtigten, die unabhängig von ihrem Einkommen die Förderung erhalten (vgl. Besonderheit in Rheine)
- b) Personen mit dem Kennzeichen „BL“ + „B“

Blindengeldansprüche:

bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres	308,02 Euro
vom 18. bis zur Vollendung des 60. Lebensjahres	614,99 Euro
nach Vollendung des 60. Lebensjahres	473,00 Euro + 135,96 Euro bei Unterschreitung der Einkommens-Grenze
bei Unterbringung im Pflegeheim	Kürzung des Blindengeldes um bis zu 50 %, soweit die Kosten des Aufenthaltes aus Mitteln öffentlich-rechtlicher Leistungsträger gewährt wird

Umfang der Fahrdienstförderung für Menschen mit Behinderung

	Stadt Rheine	Kreis Steinfurt	LWL
Anzahl der Gutscheine	5 Gutscheine/ Monat à 2,20 € ohne priv. PKW	200km/Monat (0,75 €/km) Heimbewohner 100 km/Monat	<u>1. Besuchsbeihilfe</u> Minderj. Berecht.: 10 (WL)/7 ü. Bereiche Erwachs. Berecht.: 6 (WL)/4 ü. Bereiche
	2 Gutscheine/ Monat à 2,20 € mit priv. PKW in der Familie		<u>2. Spezialbeförderung</u> 40 % Einzelfahrten entspr. Örtlicher Regelung außer- halb von Einrich- tungen 40 % von 200 km = 80 km

Pkt. 3.4 der Richtlinien der Stadt Rheine bestimmt, dass behinderte Personen mit einem Anspruch auf Übernahme von Fahrtkosten nach dem Sozialgesetzbuch XII (SGB XII) insoweit keinen Fahrtkostenzuschuss der Stadt Rheine erhalten.

Einsparpotential bei der Gewährung von Fahrtkostenzuschüssen für Menschen mit Behinderung

Der FB 2 schließt aus den vorherigen Ausführungen,

- a) dass derzeit Doppelförderungsmöglichkeiten gegeben sind, die nach Pkt. 3.4 dazu führen, dass die Stadt Rheine in diesen Fällen keine Zuschüsse mehr gewähren kann
- b) dem Personenkreis gar nicht deutlich ist, dass er beim örtlichen bzw. überörtlichen Träger vergleichbare, aber auch deutlich umfangreichere Ansprüche geltend machen kann

In der letzten Beiratssitzung für Menschen mit Behinderungen wurden die Mitglieder im nicht öffentlichen Teil auf die Möglichkeiten der Förderung durch den örtlichen bzw. überörtlichen Träger hingewiesen. Gleichzeitig wurde der Beirat darüber informiert, dass der FB 2 im Rahmen der Haushaltskonsolidierung vorgeschlagen wird, zukünftig auf die Gewährung von Fahrtkostenzuschüssen für Menschen mit Behinderung seitens der Stadt Rheine zu verzichten, um allerdings gleichzeitig den anspruchsberechtigten Personenkreis auf die bestehenden Ansprüche gegenüber dem örtlichen bzw. überörtlichen Träger zu verweisen.

Aufgabe der Stadt Rheine wird es sicherlich sein, die notwendigen Anträge aufzunehmen und an den Kreis Steinfurt weiterzuleiten. Bei überörtlicher Zuständigkeit wird der Heimträger die entsprechenden Ansprüche seiner Bewohner – wie auch bisher bei der Stadt Rheine – beim LWL geltend zu machen. Die Träger sind entsprechend zu informieren.

15 – Transferaufwendungen

Zur Förderung der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sind folgende Transferaufwendungen eingeplant:

	2010 <i>IST</i>	2011 TEUR	2012 TEUR	2013 TEUR	2014 TEUR
Unterstützung von Begegnungsstätten, Förderung von Erholungsmaßnahmen	15,0	28,7	28,7	28,7	28,7
Förderung der Beratung durch freie Träger in Form von Personal-, Sach- bzw. Mietkostenzuschüssen	146,8	155,0	155,0	155,0	155,0

Mit der **Förderung der Beratung durch freie Träger** werden Einrichtungen des Caritasverbandes, des CeBeeF und von Leben- und Wohnen cofinanziert.

Weitergehende Erläuterungen zum Förderungsinhalt des Produktes 2210 – Offene Behindertenarbeit – hier Transferaufwendungen:

Die Zuschüsse zur offenen Behindertenarbeit stellen bedingte Pflichtleistung der Kommune dar, d. h. die Kommune ist verpflichtet dem Grunde nach die offene Behindertenarbeit zu fördern, das Maß bestimmt die Kommune. Gesetzliche Vorgaben - Artikel 1, Abs. 1 GG, Artikel 2, Abs. 1 GG, Artikel 3 GG, Bundesbehinderten- und Landesbehindertengesetz NRW, SGB i, SGB IX, SGB XI und SGB XII) und weitere Gesetze und Verordnungen für den Behindertenbereich

Die Transferaufwendungen der offenen Behindertenarbeit in Rheine betragen insgesamt 183.700 € und setzen sich wie folgt zusammen:

a) Personal- und Sachkosten Psychosoziale Beratungsstelle Caritas Verband Rheine (CV)	94.765 €
b) Personal- und Sachkosten Beratungsstelle für Suchtkranke CV	19.450 €
c) Personal- und Sachkosten Cebeef	20.063 €
d) Mietkosten Cebeef	4.960 €
e) Soziale Notlage (Mülltüten für beh. Menschen)	5.113 €
f) Mietkosten Beratungsst. Menschen mit Beh.- Heiliggeistpl. CV	7.836 €
g) Mietkosten Beratungsst. Menschen mit Beh.- Heiliggeistpl. Leben und Wohnen e.V.	2.901 €
h) Zuschuss Erholungsmaßnahmen für Behinderte	13.500 €
i) Zuschuss Stadtranderholung für Behinderte	10.837 €
j) Zuschuss für offene Behindertenarbeit	4.346 €

zusätzlich

- barrierefreies Bauen - im HH-Plan FB 5 - 102.000 €

Zu a) Personal- und Sachkosten Psychosoziale Beratungsstelle (PSB) CV
94.765 €

Personalkostenzuschuss laut Vertrag für 3 vollzeitbeschäftigte Fachkräfte Neuenkirchen und Wettringen beteiligen sich anteilig nach ihrer Einwohnerzahl.

Allgemeine Infos zur Finanzierung

seit 1978 ist die PSB tätig

seit 1982 fördert die Stadt Rheine die 3 Fachkräfte der PSB

Kreis Steinfurt stellt die Förderung der PSB zum 01.08.1989 ein (vorher 3jähriges Modell 1985 bis 31.08.1989), Tagesklinik eingerichtet, Kreis vertritt Auffassung, er stellt die ambulante psychische Basisversorgung sicher (Sozialpsychiatrischer Dienst des Gesundheitsamtes, Tagesklinik, psychiatrische Institutsambulanz der Westfälischen Klinik)

1. Berechtigter Personenkreis

- psychisch gefährdete und erkrankte Menschen
- für deren Angehörige, Nachbarn, Freunde und Arbeitskollegen
- für Menschen in seelischen Krisen + Notsituationen
- für Menschen, die im Vorfeld oder in der Nachsorge nach stationärer Behandlung Hilfe im persönlichen, familiären und/oder beruflichen Bereich benötigen.

2. Auftrag laut Vertrag

psychosoziale und sozialpsychotherapeutische Beratung und Betreuung von:

- *Psychisch gefährdeten und erkrankten Erwachsenen und deren Angehörige, Nachbarn, Freunde und Arbeitskollegen
- * Menschen, die im Vorfeld oder in der Nachsorge nach stationärer Behandlung Hilfe im persönlichen, familiären und/oder beruflichen Bereich benötigen
- *Beratung von Menschen in seelischen Krisen und Notsituationen
- *Angebote zu tagesstrukturierenden Hilfen

3. Aufgaben/ Tätigkeiten laut Verwendungsnachweis

- *Das Hilfsangebot orientiert sich an den Grundbedürfnissen und wesentlichen Lebensbereiche des psychisch gefährdeten, erkrankten und behinderten Bürgers
- *materielle Grundsicherung
- *Arbeit
- *Freizeit
- *soziale Kontakte bzw. Bezüge (Familie, Freunde, Arbeitskollegen, Nachbarn etc.)

weitere Zielsetzung: -weitestgehende Vermeidung von teilstationärer/stationärer psychiatrischer Behandlung
-Nachsorge und Rehabilitation nach stationärerer Behandlung

Gemeinsames Dach der Beratungsstelle:

#Beratung /Psychotherapie

#Betreutes Wohnen *keine Förderung durch*
#tagesstrukturierende Hilfe im Tageszentrum *die Stadt*

Vernetzung: sozialpsychiatrischen Dienst Gesundheitsamt, Tagesklinik und der ambulanten psychiatrischen Pflege

Sicherstellung der gleichberechtigten Teilhabe psychisch erkrankter und behinderter Menschen am Leben in der Gemeinde.
Clearingfunktion als Klärung des Hilfebedarfs.

Existenzzweck

Was wäre wenn die Stadt Rheine die Psychosoziale Beratungsstelle (PSB) nicht mehr fördern würde?

Kreis Steinfurt stellt die Förderung der PSB zum 01.08.1989 ein (siehe oben).
Seit dem stellt der Kreis die ambulante psychische Basisversorgung sicher (z. B. Sozialpsychiatrischer Dienst des Gesundheitsamtes, Tagesklinik, psychiatrische Institutsambulanz der Westfälischen Klinik für Psychiatrie und Neurologie).

Die PSB betreut Klienten mit leichteren Erkrankungen oder im Vorfeld oder in der Nachsorge nach stationären Behandlungen. Diese Aufgabe könnte ohne die Bezuschussung der Stadt Rheine in der bisherigen Form und im bisherigen Umfang nicht mehr erfolgen.

2010 haben 470 Klienten aus Rheine, Neuenkirchen und Wettringen das Angebot angenommen.

Zu b) Personal- und Sachkosten Beratungsstelle für Suchtkranke CV
19.450 €

Der Personalkostenzuschuss für die Suchtkrankenberatungsstelle wurde mit Vertrag vom 03.03.2010 zum 01.01.2010 neu geregelt. Seit dieser Zeit fördert die Stadt Rheine einen 0,25 Stellanteil Lokale Suchtprävention und 0,42 Stellenanteil Sucht- und Spielerberatung – Schwerpunkt Pathologisches Glücksspiel.

Neuenkirchen und Wettringen beteiligen sich anteilig nach ihrer Einwohnerzahl.

Allgemeine Infos zur Finanzierung:

seit 1968 tätig

seit 1982 fördert die Stadt Rheine die Suchtberatungsstelle, seit 01.2010 neu geregelt

1. Berechtigter Personenkreis

- Bürgerinnen und Bürger der Stadt Rheine
- Institutionen und Betriebe
- Schulen und Bildungseinrichtungen
- Vereine und Kirchengemeinden
- Suchtselbsthilfe
- Menschen mit Glücksspielsucht
- Angehörige, Familien und soziales Umfeld

2. Auftrag laut Vertrag

Suchtvorbeugende Angebote mit Schwerpunkt Pathologisches Glücksspiel, Fortbildung, Beratung und Vernetzung von Multiplikatoren, Beratung politischer und fachlicher Gremien der Gesundheitshilfe, der Sozialhilfe und der Jugendhilfe in Rheine, Lokale Öffentlichkeitsarbeit

Beratung, bedarfsgerechte Vermittlung, Nachsorge, Hinführung, Vermittlung und Kooperation mit Schuldner- und Insolvenzberatungsangeboten, fachliche Begleitung der Selbsthilfe

3. Aufgaben/ Tätigkeiten laut Verwendungsnachweis

Die Fachstelle Glücksspielsucht des CV bietet betroffenen Menschen und deren Angehörigen ein spezifisches Beratungs- und Behandlungsangebot an. Neben Beratung findet auch Vermittlung in ambulante und stationäre Rehabilitation und dem Geld- und Schuldenmanagement statt. Im Bereich der Prophylaxe hat es mehrerer Infoveranstaltungen für Multiplikatoren, Schüler, Auszubildende und Eltern in 2010 gegeben.

Existenzzweck

Was wäre wenn die Stadt Rheine die Suchtberatungsstelle nicht mehr fördern würde?

Ohne die lokale Suchtprävention im Bereich Pathologisches Glücksspiel des Caritasverbandes hätten im Jahr 2010 64 Klienten keine Hilfestellung erhalten.

Fallzahlentwicklung 2007 bis 2010:

2007	16 Klienten
2008	45 Klienten
2009	49 Klienten
2010	64 Klienten

Zu c) Personal- und Sachkosten die CeBeeF Begegnungsstätte 20.063 €

Zu d) Mietkosten CeBeeF 4.960 €

Personalkostenzuschuss laut Vertrag für eine Fachkraft der Freizeit und Begegnungsstätte des Club Behinderter und ihrer Freunde im Kreis Steinfurt und Umgebung e.V. (CeBeeF)

Mietkostenzuschuss von 4.960,00 €/jährlich (städtisches Gebäude)

Allgemeine Infos zur Finanzierung der Personalkosten:

seit 1986 sozialpädagogische Fachkraft

1986 – 1988 2 Teilzeitkräfte (ABM)

1988 – 1990 erneut 1 ABM Kraft

1990 Antrag bei der Stadt Rheine gestellt

Kreis zahlte erst 50 %, ab 0.01.2001 Festbetrag 17.895 €

Stadt Rheine 40 %, für 2010 21.250 €

Stadt Emsdetten 10 %

Allgemeine Infos zur Finanzierung der Mietkosten:

Die Begegnungs- und Beratungsstelle des CeBeeF ist in einem städtischen Gebäude untergebracht. Der Stadt Rheine gewährt dem CeBeeF seit 1983 für die Nutzung des Gebäudes Thiemauer 42 einen städtischen Zuschuss von mtl. 412,10 €.

1. Berechtigter Personenkreis

Menschen mit Behinderung und deren Angehörige
Raum für Begegnung und soziale Integration zwischen Menschen mit und ohne Behinderung (Begegnungsstätte)
Wer ist für das gleiche Klientel zuständig? teilweise die Beratungsstelle für Menschen mit Behinderung, aber CeBeeF ist mehr Begegnungsstätte als Beratungsstelle

2. Auftrag laut Vertrag

- * Integrative Behindertenarbeit
- * offene Freizeitarbeit mit Menschen mit und ohne Behinderung
- * Leitung Begegnungsstätte Thiemauer
- * Stadtranderholung/Ferienfreizeiten
- * Schulung der Mitarbeiter
- * Begleitung und Beratung von Behindertenselbsthilfegruppe
- * Schulung und Beratung von ehrenamtlichen Mitarbeitern und Helfern
- * Stärkung der Initiativen vor Ort
- * Einzelfallhilfe und –Beratung

3. Aufgaben/ Tätigkeiten laut Verwendungsnachweis

- * Raum für Begegnung und soziale Integration zwischen Menschen mit und ohne Behinderung (Begegnungsstätte)
- * Schulung, Betreuung von ehrenamtlichen Kräften – nur möglich mit einer kontinuierlichen Begleitung durch pädagogischen Fachpersonal
- * Stadtranderholung für Menschen mit Behinderung (2010 ca. 110 Personen)
- * Weiterbildungsangebote z. B. kleine Gruppen in denen die Fähigkeit im Bereich Lesen, Schreiben, Reden vertieft werden; die Welt der neuen Technologien sollen erlernt und vertieft werden
- * Begleitung und Unterstützung der CeBeeF-Selbsthilfegruppen sowie Einzelberatung und Beratung von Vereinmitgliedern und anderen Ratsuchenden.
- * großer Anteil an der Tätigkeit der hauptamtlichen pädagogischen Kraft sind: a) die persönliche Beratung von Menschen mit Behinderung und deren Angehörige
b) Unterstützung der Ehrenamtlichen

Existenzzweck

Was wäre wenn die Stadt Rheine die Begegnungs- und Beratungsstelle CeBeeF nicht fördern würde?

*Raum für Begegnung und soziale Integration von Menschen mit Behinderungen würde entfallen.

*ohne die kontinuierliche Begleitung der ehrenamtlichen Kräfte durch die Fachkraft würden die ehrenamtlichen Kräfte entfallen

- *keine reine Beratungsstelle, sondern auch Begegnungsstätte. Einzige Begegnungsstätte für Menschen mit Behinderungen in Rheine
- *Weiterbildungsangebote für Menschen mit Behinderung würde wegbrechen
- *keine Stadtranderholung für Menschen mit Behinderung
- *kein Treffpunkt mehr für Selbsthilfegruppen

2010 erfolgten 1179 Kontakte mit der Pädagogin der Begegnungsstätte. Eine Aussage über den Wohnort der Klienten ist dem Bericht der Begegnungsstätte nicht zu entnehmen. Eine Beteiligung des Kreises (50 %), der Stadt Emsdetten (10 %) und der Stadt Rheine (40 %) erfolgen.

Die Stadt Rheine fördert nur eine pädagogische Fachkraft, eine Straffung der Tätigkeit, Zusammenlegung etc. ist nicht möglich, da keine weitere Einrichtung vergleichbares Angebot offeriert.

Zu e)

Soziale Notlage (Mülltüten für behinderte Menschen) 5.113 €

Zuschuss für besondere Notfälle (Müllbeutel) bis zu 5.113 €, je nach Anzahl der abgegebenen Müllbeutel.

Die Beratungsstelle fungiert als Abgabestelle, die die Müllbeutel für die besonderen Notfälle zur Verfügung stellt und die ausgegebenen Müllbeutel mit dem FB 2 abrechnet. Keine Eigenmittel des CV.

Zu f)

Mietkosten Beratungsstelle für Menschen mit Behinderung
– Heiliggeistplatz Caritasverband Rheine
7.836 €

Beratungsstelle für Menschen mit Behinderung - Heiliggeistplatz - CV

Mietkostenzuschuss (seit 1996), Personalkostenzuschuss (1992 bis 1995) und Zuschuss Familienentlastender Dienst FED (1977 bis 2002), besondere soziale Notfälle (seit 1998)

Allgemeine Infos zur Finanzierung der Beratungsstelle für Menschen mit Behinderung:

Mietkostenzuschuss durch die Stadt jährlich 7.836,00 € an den CV, seit 1996 für einen Teil der Räume erhält der Verein Leben und Wohnen einen städtischen Zuschuss (siehe unten unter Punkt g)

Ergänzung zu weiteren Zuschüsse für die Beratungsstelle:

**Personalkostenzuschuss von der Stadt Rheine für die Einrichtung der Beratungsstelle in der Zeit 01.10.92 bis 30.09.95 (Modellprojekt durch die Stadt Rheine gefördert)*

**ab 1996 finanziert der Kreis Steinfurt die Personalkosten der Beratungsstelle*

einschließlich FED (2006 ca. 95.000,00 €, davon für die FED-Stunden 16.872,63 €) - Zuschuss der Stadt Rheine zu den FED-Stunden nur bis 2002, da der Kreis seine Finanzierung geändert hat.

* ab 1999 (Pflegeversicherung und Änderung BSHG) zahlt die Stadt Rheine den Mietkostenzuschuss in Höhe von 7.836,00 € und nicht mehr die Personalkosten
* Zuschuss für besondere Notfälle (Müllbeutel) bis zu 5.113,92 € siehe oben unter e)

1. Berechtigter Personenkreis:

- alle Menschen mit Behinderung und ihre Angehörigen
- alle Menschen
 - denen eine Behinderung droht
 - die von einer Behinderung selbst oder als Angehörige betroffen

Der Großteil der betreuten Menschen lebt in Familien, sehr wenige leben in Wohnheimen bzw. alleine.

altersbedingt behinderte bzw. pflegebedürftige Menschen gehören entsprechend der politischen Beschlüsse der Zuschusssträger (Kreis) nicht zur Zielgruppe. Darüber hinaus gibt es eine Abgrenzung zum Kreis der psychisch kranken Menschen, es sei denn, diese haben gleichzeitig eine andere Behinderung.

2. Auftrag – wurde nicht wie bei Personalkostenzuschüssen vertraglich festgelegt - Aufgaben/ Tätigkeiten laut Arbeitsberichte

a) Beratungsstelle

- Kontakt und Anlaufstelle für alle Menschen mit Behinderung und deren Angehörige
- psychosoziale Beratung von Menschen mit Behinderungen und ihren Angehörigen
- Hilfe bei Lebensplanung
- Unterstützung bei Krisensituationen
- Hilfe und Beratung bei sozialrechtlichen Angelegenheiten
- Hilfe bei der Geltendmachung von Ansprüchen
- Begleitung zu Behörden, Info über Rechte, Hilfsmittel, usw.
- Hilfe bei Rehabilitation und Eingliederung
- Hilfe bei Freizeit- und Urlaubsgestaltung
- Aufbau und Begleitung von Selbsthilfegruppen

b) Familienunterstützender Dienst (Förderung nur bis 2002)

Die Schwerpunkte der Arbeit liegen insgesamt in den Bereichen Beratung und Familienunterstützender Dienst.

Existenzzweck

Beratungsstelle

In Rheine gibt es kein vergleichbares Angebot, denn der Cebeef hat eine andere Zielsetzung. Beim Cebeef handelt es sich eher um eine Begegnungsstätte. Durch die Beratungsstelle des Cebeef wird eher der soziale/mitmenschliche Bereich in der Behindertenarbeit abgedeckt.

Bei der Beratungsstelle des CV steht die Beratung über bestehende Antragsmöglichkeiten, Behördengänge usw. im Vordergrund.

Fazit

Der Mietkostenzuschuss an den Caritasverband könnte anteilig für die betreuten Personen aus Rheine geleistet werden – siehe auch Vereinbarung aus 2006 mit dem Verein Leben und Wohnen – vgl. unten unter Punkt g. Wie aus der nachfolgenden Aufstellung deutlich wird (aktueller Zahlen liegen nicht vor, da nach Wegfall der FED-Förderung durch die Stadt Rheine keine Nachweise mehr eingereicht wurden), lag der Anteil der betreuten Personen aus Rheine bei durchschnittlich 62 %, mit rückläufiger Tendenz.

Aufstellung der Nutzer der Beratungsstelle für Menschen mit Behinderung für die Jahre 2000 bis 2005

Jahr	Personen gesamt	Personen aus Rheine	Anteil Personen aus Rheine in %
2000	694	454	65,4 %
2001	692	450	65,0 %
2002	712	456	64,0 %
2003	756	475	62,8 %
2004	793	467	58,9 %
2005	836	478	57,2 %
Durchschnitt	747	463	62 %

Zu g)

Mietkostenzuschuss Beratungsstelle Menschen mit Behinderung
- Heiliggeistplatz Leben und Wohnen e.V. 2.901 €

Mietkostenzuschuss (seit 1996 ab 01.07.2006 neu geregelt)

Allgemeine Infos zur Finanzierung

- Mietkostenzuschuss durch die Stadt seit 1996 bis 30.06.2006 monatlich 241,76 €, jährlich 2.901,12 € an den Verein Leben und Wohnen für die Kurzzeitunterbringung von Menschen mit Behinderungen.
- Seit dem 01.07.2006 – Eröffnung des Wohnhauses für Kinder- und Jugendliche an der „Rundestraße“ – Änderung des Konzeptes, Kurzzeitpflege für Menschen mit Behinderung die jünger als 4 Jahre oder älter als 18 Jahre sind.

Der Verein erhält seit 07.2006 einen städtischen Zuschuss, der sich anteilig nach der Anzahl der Kurzzeitunterbringungen von Menschen aus Rheine errechnet (höchstens 241,76 €/mtl.).

Für das Jahr 2010 erhielt der Verein einen Betrag von 1.492,08 € (mtl. 124,34 €).

Für den größeren Teil der Räume, die als Beratungsstelle für Menschen mit Behinderungen des CV genutzt werden, erhält der CV einen jährlichen städtischen Zuschuss von 7.836,00 € (siehe Punkt f)

1. Berechtigter Personenkreis

Menschen mit Behinderung bis zum 4. Lebensjahr bzw. ab dem 18. Lebensjahr die kurzfristig eine Unterbringungsmöglichkeit benötigen und ihre Angehörigen

2. Auftrag/Tätigkeiten lt. Antrag des Vereins und Beschluss des Sozialausschusses:

Die Schwerpunkte der Arbeit liegen bei der kurzfristigen Unterbringung von Menschen mit Behinderungen, die aufgrund ihres Alters nicht in das Wohnhaus für Kinder und Jugendliche des Caritasverbandes aufgenommen werden können.

Existenzzweck

Was wäre wenn die Stadt Rheine den Mietkostenzuschuss für den Verein Leben und wohnen nicht fördern würde?

In Rheine gibt es kein vergleichbares Angebot, denn das Wohnhaus für Kinder und Jugendliche richtet sich an eine andere Altersklasse.

Durch die neue Vereinbarung ab 01. Juli 2006 beschränkt sich die Bezuschussung der Stadt Rheine auch tatsächlich auf die Einwohner der Stadt Rheine. Menschen mit Behinderungen aus anderen Kommunen erhalten von hier keinen Zuschuss.

Die derzeitige Regelung erscheint somit sachgerecht und eine Änderung des Zuschusses momentan nicht notwendig.

Zu h) Zuschuss Erholungsmaßnahmen für Behinderte 13.500 €

Die Stadt Rheine gibt pro Ferien-Freizeitmaßnahme einen Tageszuschuss in Höhe von 4,40 € für behinderte Menschen, ebenfalls einen Betreuungsschlüssel von 1:4 oder bei Bedarf 1:1.

Die Unterbringung und Versorgung sowie personelle Ausstattung bei solchen Unternehmungen sind aufwendiger als bei Freizeitmaßnahmen mit nichtbehinderten Menschen. Besonderheit der Richtlinien der Stadt Rheine: Auch kleine Gruppen können Freizeiten von mindestens 3 Tagen mit behinderten und nichtbehinderten Menschen durchführen.

Kreis-Finanzierung: Alle Tagessatz-Zuschüsse ohne Berücksichtigung von Einkommen und Vermögen der Teilnehmenden.

Ergänzender höherer Förderzuschuss bei behinderten Personen als Teilnehmer/innen oder Unterhaltspflichtige, wenn diese Sozialhilfe/Grundsicherung beziehen (bis 197,00 € jährlich für die Maßnahme).

Vom Kreis Steinfurt werden nur ganztägige Maßnahmen wie die Stadtranderholung oder Ferienfreizeitmaßnahme gefördert, Antragsteller (Veranstalter) muss Träger eine anerkannte Behinderteneinrichtung sein bzw. als Verband oder Verein nicht nur vorübergehend behinderte Menschen betreuen. Auch über die Verbände können Zuschüsse beim Land beantragt werden.

Existenzzweck

Was wäre wenn die Stadt Rheine die Erholungsmaßnahmen nicht fördern würde?

Eine Freizeitmaßnahme mit behinderten Kindern oder Jugendlichen/Erwachsenen ist kostenintensiver als eine Maßnahme für Personen ohne Behinderung, besondere Programmgestaltung, aufwendige Vorbereitung und Planung der Maßnahme sowie ein höherer Betreuungsschlüssel sind erforderlich. Ohne den städtischen Zuschuss würde sich der Eigenanteil der Menschen mit Behinderung erheblich erhöhen.

Zu i) Zuschuss Stadtranderholung für Behinderte 10.837 €

Gestaltetes Freizeiterlebnis für Menschen mit Behinderung von 7-70 , seit 1979 schon traditionell bestehende kreisweite Stadtranderholung, für Rheinenser Bürger/Innen mit einer Förderung von pro Tag /7,00 €. Förderung für die Betreuungspersonen nach einem 1:4 Betreuungsschlüssel, bei besonderem Unterstützungsbedarf eine 1:1 Betreuung.

Ergänzende Finanzierung durch den Kreis Steinfurt aufgrund der "Richtlinien über die Förderung von Erholungsmaßnahmen für behinderte Menschen, die durch die Träger von Behinderteneinrichtungen, Behindertenverbänden/-vereinen und sonstigen gemeinnützigen Vereinen durchgeführt werden". Höhe der Tagessatzförderung bei der Stadtranderholung – 2,56 € pro Teilnehmer/in und Betreuungsschlüssel 1:4 oder bei besonderem Bedarf von 1:1.

Existenzzweck

Was wäre wenn die Stadt Rheine die Stadtranderholung nicht fördern würde?

Stadtranderholungen für Menschen mit Behinderung bedürfen erheblichen Aufwandes bei der Gestaltung und Durchführung der Aktivitäten. Ohne den städtischen Zuschuss würde sich der Eigenanteil der Menschen mit Behinderung erheblich erhöhen.

Zu g) Zuschuss Offene Behindertenarbeit 4.346 €

Verwendung:

besonderen Förderungen von Anlässen und Aktivitäten, ganz- und halbtägige Veranstaltungen, Spielmittel für Menschen mit Behinderung, Referentenkosten, anteilige Fahrkosten für Menschen mit Behinderung, behinderungsspezifische Anträge (z. B. Motorradausflug) etc.

Existenzzweck

Was wäre wenn der Zuschuss für die Offene Behindertenarbeit nicht mehr zur Verfügung stehen würde?

Bei Wegfall keine anderen Förderungen vorhanden, dadurch keinerlei Gestaltungsmöglichkeiten mehr.

Zu h) städtische Veranstaltungen **1.300 €**

Im Haushalt 2011 steht für die Durchführung von städtischen Veranstaltungen im Bereich der offenen Behindertenarbeit ein Ausgabeansatz von 1.300 € und ein Einnahmeansatz von 870 €. Diese Mittel werden in dieser Form nicht mehr benötigt, da großer Veranstaltungen davon nicht finanziert werden können.

zusätzlich

- barrierefreies Bauen - im HH-Plan FB 5 - **102.000 €**

Der Rat der Stadt Rheine hat am 03. April 2001 einen Grundsatzbeschluss zum behindertengerechten und barrierefreien Bauen für städtische Einrichtungen und für Gebäude, bei denen die Stadt wesentlicher Nutzer ist, gefasst.

Bereits vorher wurde vom Rat der Stadt Rheine für behindertengerechte und barrierefreie Baumaßnahmen an bestehenden städtischen Gebäuden jährlich ein Betrag von 51.129,00 €, beginnend mit dem Jahr 2001 zur Verfügung gestellt. Im Jahre 2004 erhöhten sich die Mittel auf 75.000,00 € und seit 2005 auf 102.000,00 €/jährlich.

Mit den Haushaltsmitteln können grundsätzlich nur bestehenden städtischen Gebäude, Plätze, Wege oder Ampelanlagen umgebaut oder umgerüstet werden.

Rechts- und Arbeitsgrundlagen für den Bereich öffentlicher Raum:

Im Behindertengleichstellungsgesetz NRW (BGG NRW) vom 16.12.2003 wird das Ziel, die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderung am Leben in der Gesellschaft zu gewährleisten und ihnen eine selbstbestimmte Lebensführung zu ermöglichen (§1), ausdrücklich auch auf die Mobilität des genannten Personenkreises und den öffentlichen Verkehrsraum bezogen. Dabei haben die Verantwortlichen (u.a. Landesorganisationen, Gemeinden, etc.) **aktiv auf das Erreichen des Ziels hinzuwirken**. Dies gilt nach § 7 BGG NRW vor allem im Rahmen der Errichtung oder Änderung von Verkehrsanlagen auf Grundlage der bauordnungsrechtlichen Vorschriften.

Die gesetzlichen Vorgaben zur Schaffung barrierefreier Verkehrsanlagen bedeuten, dass Planer schon beim Entwurf diese Belange berücksichtigen müssen. Es gibt dennoch große Bereiche, die vor dieser Gesetzgebung geplant und gebaut worden sind und seinerzeit wurden die Belange der behinderten Menschen nicht berücksichtigt. Das Diskriminierungsverbot basiert auf Artikel 3 des Grundgesetzes, nach dem alle Menschen „vor dem Gesetz gleich“ sind. Mit der Ergänzung des Grundgesetzes von 1994

“Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden“ ist das Diskriminierungsverbot von Menschen mit Behinderung dort ausdrücklich verankert worden.

„Barrierefreiheit ist die Auffindbarkeit, Zugänglichkeit und Nutzbarkeit der gestalteten Lebensbereiche für alle Menschen. Der Zugang und die Nutzung müssen für Menschen mit Behinderung in der allgemein üblichen Weise, ohne besondere Erschwernis und **grundsätzlich ohne fremde Hilfe möglich sein.**“

Zu den gestalteten Lebensbereichen gehören insbesondere bauliche und sonstige Anlagen, die Verkehrsinfrastruktur, Beförderungsmittel im Personennahverkehr... (§4 BGG NRW).

Existenzzweck

Was wäre wenn die Stadt Rheine die Mittel für das behindertengerechte und barrierefreie Bauen streichen würde?

Bei Wegfall dieser Mittel könnten keine Nachbesserungen in der Infrastruktur erfolgen, keine Aufzüge in Schulen oder städtischen Gebäuden ergänzt werden usw.

Gerade unter Beachtung der Behindertenrechtskonvention und der aktuellen Inklusionsdiskussion spricht sich die Verwaltung auch für eine zukünftige Bereitstellung dieser Haushaltsmittel in Höhe 102.000 € jährlich aus.

Produkt 2211– Sonstige Soziale Betreuung

Ergebnisplan

15 – Transferaufwendungen

Die Transferaufwendungen erklären sich wie folgt:

	2010 IST	2011 TEUR	2012 TEUR	2013 TEUR	2014 TEUR
Förderung von Investitionsprojekten von sozialen Einrichtungen	0,0	29,0	29,0	29,0	29,0
Transferleistungen an im sozialen Bereich tätige Initiativen, Vereine und Verbände nach bestehenden Richtlinien bzw. Verträgen	15,6	21,5	21,5	21,5	21,5

Die Transferaufwendungen beim Produkt Sonstige Soziale Betreuung setzen sich in den vergangenen Jahren zusammen aus **Transferleistungen an im sozialen Bereich tätige Initiativen, Vereine und Verbände nach bestehenden Richtlinien bzw. Verträgen** (21.534 EUR) und der **Förderung von Investitionsprojekten von sozialen Einrichtungen** (99.000 EUR bis 2009; 0 EUR für 2010; 29.000 ab 2011).

Weitergehende Erläuterungen zum Förderungsinhalt des Produktes 2211 – Sonstige Soziale Betreuung:

Die Transferaufwendungen der Sonstigen Sozialen Betreuung im Haushaltsplan 2011 in Höhe von 50.534 € setzen sich wie folgt zusammen:

a) Zuschuss für allgemeine soziale Aufgaben	3.915 €
b) Zuschuss an Selbsthilfegruppen	870 €
c) Zuschuss Bahnhofsmision Caritasverband Rheine und Diakonie	8.000 €
d) Mietkostenzuschuss DRK - Ortsverband Mesum	3.528 €
e) Förderung von sozialen Einrichtungen (bis einschließlich 2009 99.000 €)	29.000 €
f) Förderung der Ehrenamtlichkeit	4.350 €
g) Weihnachtsbeihilfe in Härtefälle	870 €

Der Begriff „sonstige“ zeigt schon, dass dieser Produktbereich keinem anderen Bereich/Produkt wie z. B. der Senioren- oder Behindertenarbeit zugeordnet werden kann.

Mit dem Budget werden die in der Stadt Rheine tätigen Wohlfahrtsverbände, Initiativen und Vereine gefördert, insbesondere die Bahnhofsmision und das DRK - Ortsverband Mesum.

Im Budget 2211 stehen u. a. Haushaltsmittel zur Verfügung, die nicht für bestimmte, immer wiederkehrende Maßnahmen gebunden sind, sondern der Förderung der Ehrenamtlichkeit und der Unterstützung von Selbsthilfegruppen dienen, oder zur Förderung von Investitionsprojekten von sozialen Einrichtungen bereitgestellt sind.

Folgende Haushaltsmittel sind für bestimmte Projekte/Maßnahmen vertraglich bzw. durch Beschluss des Sozialausschusses gebunden:

c) Zuschuss Bahnhofsmision CV Rheine und Diakonie	8.000 €
d) Mietkostenzuschuss DRK - Ortsverband Mesum	3.528 €
f) Förderung der Ehrenamtlichkeit (gesamt 4.350 €) gebunden:	1.314 €
(Betrag von 1.314 € dient als Mietzuschuss für die Anonymen Alkoholiker)	

Existenzzweck

Was wäre wenn die gebundenen Mittel des Produktes Sonstige Soziale Betreuung entfallen würden?

Bahnhofsmision (8.000 €)

Die Bahnhofsmision in Rheine zählt zu den ältesten Hilfen der Caritas und Diakonie in Rheine und gilt als verlässliche Anlaufstelle für hilfeschende Menschen im Bahnhof. Sie ist erste Anlaufstelle für Menschen, die sich im Netz der sozialen Hilfe nicht zu Recht finden. Die Mitarbeiter sind Fachleute in Erstversorgung und Weitervermittlung. Die kommunale Förderung deckt einen kleinen Teil der nachgewiesenen Gesamtausgaben von rd. 62.000 €. Bei Wegfall des Zuschusses wäre die Bahnhofsmision Rheine gefährdet.

Mietzuschuss für die Anonymen Alkoholiker (1.314 €)

Im Rahmen der Förderung der Ehrenamtlichkeit zahlt der FB 2 seit dem 01.04.2008 aus dem Budget 2211 die Hälfte der Mietkosten für die ehemalige Hausmeisterwohnung an der Elisabethschule.

Die Anonymen Alkoholiker (AA) sind im Jahre 2009 auf die Stadt Rheine gekommen, da es ihnen nicht mehr möglich war, die gesamte Miete zu tragen. Spenden darf die Selbsthilfegruppe nicht annehmen und deshalb wurde angefragt, ob die städtischen Räumlichkeiten kostenlos zur Verfügung gestellt werden könnten.

Die Gruppe der AA leistet eine hervorragende Selbsthilfearbeit. Diese Arbeit stellt einen wichtigen Baustein in der Suchtberatung in Rheine und Umgebung dar. Bei Wegfall der Mietsenkung wäre diese Arbeit gefährdet oder müsste ganz eingestellt werden.

Mietkostenzuschuss DRK - Ortsverband Mesum (3.528 €)

Das DRK nutzt in Mesum das städtische Gebäude Nielandstraße 1. Hierfür ist eine Miete von 5.215,20 € fällig. Das DRK erhält vom FB 2 einen städtischen Mietzuschuss in Höhe von 3.528 €.

Bei Wegfall des Mietkostenzuschusses müsste das DRK – Ortsverein Mesum - die Finanzlücke von 3.528 € selbst finanzieren, ggf. durch höhere Schulungsgebühren oder Mitgliedsbeiträge.

Folgende Haushaltsmittel sind nicht für bestimmte Projekte/Maßnahmen vertraglich bzw. durch Beschluss des Sozialausschusses gebunden:

a) Zuschuss für allgemeine soziale Aufgaben	3.915 €
b) Zuschuss an Selbsthilfegruppen	870 €
e) Förderung von sozialen Einrichtungen	29.000 €

Dieser Ansatz wurde bislang überwiegend für die Förderung von Investitionsprojekten genutzt, bis 2009 lag der Haushaltsansatz bei 99.000 €. Zuletzt wurde der Sozialplan Alter aus diesen Mitteln finanziert. Vorherige Förderungsprojekte waren z. B. das Haus für Kinder und Jugendliche mit Behinderung oder die 2 ambulanten Hospizplätze am Marienstift.

Im Jahre 2010 wurde der bisherige Ansatz von 99.000 € für die Förderung von Investitionsprojekten von sozialen Einrichtungen zur Verbesserung des Haushalts 2010 gestrichen. Diese Streichung erfolgte unter dem Gesichtspunkt, dass bis Mitte März 2010 noch keine Anträge vorlagen. In der Sozialausschusssitzung vom 16.03.2010 wurde deutlich herausgestellt, dass dieser Ansatz nur für das Jahr 2010 gestrichen werden sollte. Für das Jahr 2011 wurde ein Ansatz von 29.000 € eingestellt, damit die im Sozialplan Alter ausgearbeiteten Handlungsempfehlungen angegangen werden können.

f) Förderung der Ehrenamtlichkeit (Restbetrag s. o. unter 1.d) 3.036 €
Kleinere Fördereinheiten bei besonderen Aktivitäten oder Anlässen erhalten Selbsthilfegruppen im Gesundheitsbereich analog zu den Richtlinien zur Behindertenarbeit - Art der Gleichstellung zu dem v.g. Personenkreis der Offenen Behindertenarbeit (Unterstützung von Selbsthilfegruppen, Schulungen), wenn es keine anderen Möglichkeiten gibt. Erst immer Prüfung, ob andere Stellen zahlen können.

g) Weihnachtsbeihilfen in Härtefällen 870 €
Auf Grund von Anträgen können Vereinigungen/Selbsthilfegruppen in der Behindertenhilfe oder andere soziale Vereinigungen, wenn diese die Bedürftigkeit nachweisen, eine Förderung erhalten z.B. Treff 100, Kremerhaus, Vdk oder Sozialverband, Gehörlosenverein etc.

Existenzzweck

Was wäre wenn die nicht gebundenen Mittel des Produktes Sonstige Soziale Betreuung entfallen würden?

Bei Kürzung oder Wegfall der „nicht gebundenen“ Mittel, würde der Fachbereich 2 jede Gestaltungsmöglichkeiten verlieren, da alle anderen Mittel vertraglich oder durch Beschluss für wiederkehrende Maßnahmen gebunden sind und keine Mittel durch Einsparungen frei gesetzt werden können.

Gerade kleine Selbsthilfegruppen haben oftmals keine andere Möglichkeit, eine zumindest geringe finanzielle Förderung zu erhalten.

Gleiches gilt für die Förderung der Ehrenamtlichkeit, ein gewisser finanzieller Spielraum muss vorhanden sein, um diesen Bereich auch weiterhin unterstützen zu können.

Bei Wegfall der Mittel zur Förderung von sozialen Einrichtungen könnte der Sozialausschuss keine größeren sozialen Maßnahmen abschließend beschließen. Bei Kürzung oder Streichung müssten für jede förderungswürdige Maßnahme zusätzliche Mittel in den Haushalt gestellt werden. Eine kurzfristige Förderung wäre dadurch unmöglich und die Gestaltungsmöglichkeit des Sozialausschusses wäre einschneidend beschränkt.